

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 10.- M. einschließlich Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheinland, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 30.- M. für das übrige Ausland 47.- M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Dienstag, den 5. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54

Der Schriftwechsel mit Amerika.

Deutschlands Memorandum.

WTB. meldet: In der Pariser Presse sind entstellte Nachrichten über den Hergang des deutsch-amerikanischen Meinungsaustausches wegen der Frage der Reparation veröffentlicht worden, die Anlass geben, den vollen Wortlaut der Memoranden bekanntzugeben.

Das Memorandum, das der Reichsminister des Auswärtigen am 21. März dem hiesigen amerikanischen Kommissar gelegentlich einer Besprechung über die Reparationsfrage übergeben hat, lautete folgendermaßen:

Die deutsche Regierung bedauert es auf das tiefste, daß es auf der Londoner Konferenz nicht zu einer Einigung in der Reparationsfrage gekommen ist. Sie hat den aufrichtigen Wunsch gehabt, den alliierten Regierungen so weit entgegenzukommen, wie es nur irgend möglich ist. Die deutsche Delegation ist in diesem Bestreben nach dem Urteil der überwiegenden Mehrheit aller wirtschaftlichen Sachverständigen sogar

welt über die Grenze des Möglichen

hinausgegangen. Es ist nicht richtig, wenn Mr. Lloyd George die Behauptung aufgestellt hat, daß Deutschland nicht zur Reparation bereit sei. Vielmehr ist es nicht nur die deutsche Regierung, sondern auch das deutsche Volk vollkommen klar darüber, daß Deutschland bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Schadenersatz leisten muß und daß keine Veränderung der politischen Konstellation hieran etwas ändert. Alle verantwortlichen Stellen in Deutschland und insbesondere auch die deutschen Arbeiter sind durchaus gewillt, zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mit allen Kräften beizutragen. Diese Bereitwilligkeit beruht nicht zum wenigsten auf der nüchternen Ermäßigung, daß es im allerdringendsten Interesse Deutschlands liegt, wenn die Spuren der Zerstörung in Frankreich so rasch wie möglich verschwinden.

Alle verantwortlichen Stellen in Deutschland sind sich auch darüber einig, daß die deutschen Vorschläge für die Reparation der Finanznot bei den Alliierten, insbesondere bei Frankreich, Rechnung tragen müssen.

Zwei große Ziele der Reparation liegen also vor:

1. Wiederaufbau der zerstörten Gebiete;
2. Beschaffung sofort greifbarer größerer Barmittel in fremden Devisen.

Von den 86 französischen Departements sind 10, die jahrelang Kampfgebiet waren, auf das schwerste getroffen. Zahlreiche Städte und Dörfer sind ganz oder teilweise zerstört, weite Strecken fruchtbarer Ackerlandes verödet.

Für den Wiederaufbau der Häuser und die Wiederurbarmachung und Wiederbesiedlung des Landes ist in den zwei Jahren seit Beendigung des Krieges nur sehr wenig geschehen. Deutschland hat zu wiederholten Malen seine Arbeitskraft, seine technische und materielle Hilfe für den sofortigen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt. Keines seiner Angebote ist angenommen worden, keines auch nur zur Erörterung gestellt worden. Warum?

Das wirkliche Interesse an dem Wiederaufbau des zerstörten Gebietes ist in Frankreich, so befremdend das klingen mag, nur gering. Die früheren Bewohner haben vorläufige Entschädigungen erhalten und sich in anderen Teilen des Landes sesshaft gemacht.

Einflussreiche Unternehmerrgruppen

sind mit der Verwertung des zurückgelassenen Materials und den Aufräumungsarbeiten befaßt. Sie beschleunigen die Abwicklung ihrer Aufgaben in keiner Weise. Am meisten aber fällt in das Gewicht, daß mächtige Kreise in Frankreich in dem zerstörten Gebiet ein außerordentlich starkes politisches Agitationsmittel erblicken, doch bei Einheimischen und Fremden begreiflicherweise stets einen tiefen Eindruck hinterläßt. Deutschland wünscht keine Vermehrung des Völkchens. Es wird daher nochmals der französischen Regierung Vorschläge unterbreiten, deren Einzelheiten gegenwärtig mit der deutschen Arbeiterschaft selbst beraten und aufgestellt werden. Hat die französische Regierung Bedenken gegen die Verwendung so zahlreicher deutscher Arbeitskräfte im Wiederaufbaugelände, so würde die deutsche Regierung auch bereit sein, in jeder anderen möglichen und Frankreich annehmenden Form ihre guten Dienste und Kräfte zur Verfügung stellen.

Die Beschaffung größerer Geldmittel in fremden Devisen ist für Deutschland nur durch starke Steigerung seines Exportes möglich. In der anliegenden Denkschrift der deutschen Sachverständigen für die Konferenz ist näher dargelegt, welche enorme Steigerung nötig wäre, um große Summen zu erzielen und welche Gefahren dies für die Wirtschaft anderer Länder bedeuten würde. In jedem Falle können auf diesem Gebiete die notwendigen Vorkontingente nicht sofort erzielt werden.

Alle anderen Gedanken, die gelegentlich geäußert worden sind, wie Beteiligung unserer früheren Kriegsgegner an der deutschen Industrie durch Aktienzuteilung oder sonstige Beteiligung, erweisen nur Extraneitäten in Papiermarkt, mit denen den fremden Gläubigern nicht gedient ist.

Der Finanznot der Alliierten kann nur im Wege des Kredites Abhilfe geschaffen werden. Die Voraussetzung für deutsche Auslandskredite ist die Kreditwürdigkeit Deutschlands. Diese aber ist

völlig untergraben durch die Alliierten

selbst, die sich im Versailler Vertrag eine Generalhypothek auf den gesamten Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten an erster Stelle vorbehalten haben. In den Pariser Beschlüssen haben die Alliierten überdies das Recht der Entscheidung für sich in Anspruch genommen, ob und in welchen

Fällen Deutschland ausländische Kredite nachsuchen darf. Da Frankreich und England selbst überschuldet sind, einer Kreditgewährung durch Neutrale aber die Generalhypothek im Wege steht, bleibt als einzige Lösung des Kreditproblems nur die Aufnahme einer internationalen Anleihe möglich, zu deren Gunsten die Alliierten ihre Generalhypothek zurücktreten lassen müßten. Deutschland wäre bereit, für den Dienst der Anleihe die erforderlichen Sicherheiten zu gewähren. Es glaubt, bei zweckmäßiger Gestaltung der Anleihe und bei Gewährung einer Umwidmung für Steuerflucht gestrichletes deutsches Kapital in erheblichem Ausmaß für die Anleihe heranzuziehen und sie für den Reparationsdienst nutzbar machen zu können.

Die Alliierten haben vielfach darauf hingewiesen, daß Deutschlands Lage günstiger sei als die mancher alliierter Länder, weil es keine auswärtigen Schulden habe. Deutschland würde sich nicht weigern, in den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit die Verzinsung und Tilgung der Verbindlichkeiten einzelner Alliierten zu übernehmen, wenn dies von den Alliierten und deren Gläubigern selbst gewünscht werden sollte.

Deutschland erklärt sich aber auch ausdrücklich bereit, jedem anderen Vorschlag sich anzuschließen, der geeignet erscheint, die Entwertung des europäischen Wirtschafts- und Finanzproblems herbeizuführen. Es wird hierbei die Prüfung seiner eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit

gern dem Urteil unparteiischer Sachverständiger unterstellen.

Deutschland glaubt, daß die ungeheuren Schäden, die der Weltkrieg angerichtet hat, die ungeheure Schuldenlast, die alle beteiligten Staaten zu tragen haben, nicht auf die Schultern eines einzigen Volkes gelegt werden können. Es glaubt, daß die Wiederaufichtung des internationalen Wirtschaftslebens auch nicht durch eine Politik der Gewalt und der Drohungen, sondern nur im Wege friedlicher Aussöhnung und Verständigung zu erreichen ist. Die deutsche Regierung legt Wert darauf, mit offenem Nachdruck zu versichern, daß sie zu ihrem Teil ehrlich gewillt ist, diesen Weg zu gehen.

Amerikas Antwort.

Der amerikanische Kommissar, Herr Preesel, hat am 29. März als Antwort ein Memorandum übergeben, dessen wörtliche Uebersetzung lautet:

Die amerikanische Regierung ist erfreut, aus Dr. Simons' informellem Memorandum in unzweideutiger Weise den Wunsch der deutschen Regierung zu erfahren, Reparation bis zur Grenze der Zahlungsfähigkeit zu leisten. Die amerikanische Regierung hält ebenso wie die alliierten Regierungen Deutschland für den Krieg verantwortlich und daher moralisch verpflichtet, Reparation zu leisten, soweit dies möglich sein mag. Die Anerkennung dieser Verpflichtung, wie sie das Memorandum in sich schließt, erscheint der Regierung der Vereinigten Staaten als die einzige gesunde Basis, auf der ein gesicherter und gerechter Friede hergestellt werden kann, unter dem die verschiedenen europäischen Regierungen wieder zu wirtschaftlicher Stabilität gelangen können. Die amerikanische Regierung glaubt, in dem Memorandum den aufrichtigen Wunsch der deutschen Regierung zu erkennen, Verhandlungen mit den Alliierten auf einer neuen Basis zu eröffnen und hofft, daß derartige Verhandlungen, einmal wieder aufgenommen, zu einer schleunigen Regelung führen mögen, die gleichzeitig den gerechten Ansprüchen der Alliierten Genüge leisten und Deutschland erlauben, hoffnungsvoll seine produktive Tätigkeit wieder zu beginnen.

Divianis Erfolg.

New York, 4. April. (D.N.) Die Regierung der Vereinigten Staaten hat beschlossen, jede Entscheidung bezüglich der Bezahlung der alliierten Schulden an Amerika auf ein Jahr, bis zum April 1922, zu vertagen. Während dieser Zeit soll auch die Zinszahlung, wie bisher schon, suspendiert bleiben.

Ultimatum gegen Karl.

Nach einem Reuters Telegramm hat die „Kleine Entente“ an Ungarn in der Angelegenheit Karls ein Ultimatum gerichtet. Wir erfahren hierzu des näheren folgendes:

Auf Anregung der tschechoslowakischen Republik hat die sog. „Kleine Entente“ (Tschechoslowakei, Italien, Jugoslawien, Rumänien) an Ungarn eine Note gerichtet, in der die Abreise Karls aus Ungarn bis zum Donnerstag dieser Woche gefordert wird. Ist sie bis dahin nicht erfolgt, so sollen die diplomatischen Vertreter der genannten Staaten Budapest verlassen und die Grenzen des ungarischen Staates blockiert werden. Die Note fordert weiter von Ungarn die Ausführung des Vertrags von Trianon, besonders in zwei Richtungen, nämlich die Uebergabe des Burgenlandes (wo jetzt Karl sein Lager aufgeschlagen hat) an Oesterreich und die Verringerung der ungarischen Streitkräfte.

In der Tschechoslowakei wird zwecks Durchführung der Ungarn angedrohten Maßnahmen die Mobilisierung zweier Jahrgänge vorbereitet.

Abreise heute?

Wien, 4. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) Karl wird morgen abreisen.

Staatslehre und Sozialismus.

Von Max Duard, Frankfurt a. M.

Der erste, der die Auswirkung des Weltkrieges und der ihm folgenden revolutionären Bewegung auf den Sozialismus wissenschaftlich zu verfolgen suchte, ist Heinrich Cunow. Das Ergebnis seiner Forschungen ist der erste Band seiner „Grundzüge der marxischen Soziologie“ mit dem Haupttitel: „Die marxische Geschichte, Gesellschafts- und Staatslehre“ (Buchhandlung Vorwärts, Berlin 1920, 346 S.). Vielleicht ist es etwas stark zugespitzt, wenn ich von einer direkten Auswirkung des Weltkrieges in diesem Zusammenhang spreche. Aber im Untergrund des Lesers des Cunowschen Buches ist der Eindruck unabwieslich, daß die Kriegsergebnisse wesentlich dazu drängen, eine Kontrolle der marxistischen Staatslehre vorzunehmen. Vollends das Aufsteigen des Bolschewismus reizte einen so ernsten Nachdenker, wie es Cunow ist, zur Ueberprüfung sowohl des marxischen Lehrgebäudes, als der politischen Folgerungen, zu denen Marx mißbraucht wurde. Und so hat er, wohl im Anschluß an seine neue Berliner Hochschullehrertätigkeit, die Energie gefunden, einen vollständigen Aufbauversuch, wohl den ersten nach dem Kriege überhaupt, an der marxischen Soziologie vorzunehmen. Daß dieser Versuch zugleich eine Reinigung von Zutat und Schlacken wurde, versteht sich von selbst. Zunächst ist es nach Cunows Ansicht, wie er im Vorwort ausführt, überhaupt nötig, den Sozialismus von falschen Umdeutungen und fraglichem Beigemischtem zu befreien; erst dann kann die Kritik und die weitere Entwicklung der marxischen Soziologie einsetzen, eine Weiterführung marxischer Grundauffassungen im marxischen Geiste über Marx hinaus.

Das Buch, dessen Sprache so einfach, klar und durchsichtig ist, wie wir es bei Cunow gewöhnt sind, zerfällt in zwei deutlich geschiedene Teile. Der erste, größere, bis Seite 244 gibt eine Uebersicht über die Geschichts- und Staatsauffassung des Altertums über das Mittelalter hinweg bis zur großen französischen Revolution und zu Kant und Hegel. Diese Teile des Werkes möchte ich als eine Art außerordentlich willkommener Lesebuch für Richtadominer bezeichnen. Die hier die schwierigsten Darstellungsfragen bewältigt sind, ist einfach musterhaft. Die Klarheit, dem Arbeiter, der Ironie oder der Jugend so widerhaarige Dinge wie z. B. Thucydides und Xenophon oder die Staatsphilosophie des Aristoteles nahezubringen, ist hier mit wohlthuendem Verständnis für echt volkstümliche Darstellung bewältigt. Der lernende und strebende einfache Mann hat jetzt wirklich in dieser Darstellung ein brauchbares Hilfsmittel zur fast erschöpfenden Uebersicht über die Staatslehre der Hauptgeschichtsabschnitte, wie sie bisher noch nicht vorhanden war. Und das ist immerhin wichtig nicht bloß zur Korrektur vieler halbgebildeter Vorstellungen. Vor allem gibt es den Ablauf maßgebender politischer Vorstellungen in folgerichtiger geschichtlicher Entwicklung, das heißt, es ordnet die Widerspiegelung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den Köpfen der Denker jeder Zeit in entwicklungsgeschichtlicher Folge. Damit aber kommt für Fachmann und Nichtfachmann erst die Darstellung des organischen Wachstums auch in dieses praktische so wichtige Wissensgebiet. Und das ist das Notwendige und Ausschlaggebende: daß wir den Köpfen geben die Einsicht von dem Auseinandergehen der Erscheinungen auch auf politischem Gebiet, statt der von der Schule bisher allein gepflegten Vorstellung vom Auseinandergehen. Daß ein und dasselbe Entwicklungsgesetz des Denkens und Geschehens reicht von der kindlich naiven Geschichtsdarstellung des alten Testaments bis zu Marx und Engels, nur in immer verfeinerter und umfassenderer Anwendung, das ist das Wertvollste, was wir den Massen zu ihrer geistigen Orientierung schenken können. Und das finden sie für die Geschichte der politischen Theorien in den ersten zwei Dritteln des Cunowschen Buches.

Die Darstellung und Ergänzung der marxischen Gesellschafts- und Staatslehre im letzten Drittel des Werkes wird aber in ihrer politischen Wirkung noch viel weiter reichen. Sie versucht Fragen zu klären, deren Erhellung von entscheidender Bedeutung für die tiefgehenden Spaltungsrichtungen in der modernen Sozialismus sind. Cunow geht davon aus, vor allem die Begriffe von Gesellschaft und Gesellschaftsordnung im Gegensatz zu Staat und Staatsordnung genau zu scheiden. Diese sind in der praktischen Anwendung der marxischen Lehre namentlich von deutschen Sozialisten der letzten Jahrzehnte bunt durcheinander gewürfelt worden trotz der Tatsache, daß schon die englische Sozialphilosophie des achtzehnten Jahrhunderts, geschweige denn Hegel und Marx, sie scharf auseinander hielten. Unter Gesellschaft versteht Marx den Gesamtarbeitsprozeß in allen seinen wirtschaftlichen Verzweigungen und in seiner stetigen Wiederholung. Der jeweilige geschichtliche Gesellschaftszustand ist ein Zusammenleben und -wirken unter bestimmten wirtschaftlichen Bedingungen zur Befriedigung allgemein-wirtschaftlicher Bedürfnisse. Daneben besteht der Staat als besondere politische Einrichtung, die weder ihrem Umfang nach, noch mit ihren Grenzlinien, noch mit ihrem Lebensinhalt mit der „Gesellschaft“ zu-

zusammenfällt. Umfang und Grenzen des Staats und der Gesellschaft durchkreuzen sich einander. So kann ein absolutistischer Staat wie das frühere Rußland Erdteile umfassen, deren Bevölkerung beinahe noch im wirtschaftlichen Urzustand steht, neben hochentwickelten kapitalistischen Industriegebieten mit moderner Klassenüberwindung der Bevölkerung. Und welche Rolle der Staat über den Gesellschaftszuständen als Herrschaftsorganisation und politische Verwaltungsgemeinschaft spielt, hat Engels im „Ursprung der Familie“ als guter Deuter von Marx wie folgt sehr zutreffend umrissen: „Der Staat ist ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlöslichen Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit . . . ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der „Ordnung“ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat“.

Das scheint zunächst eine Feststellung von größter Selbstverständlichkeit. Geht man aber einen Schritt weiter, so gewahrt man mit Erstaunen, wie wenig sie gerade neuerdings von politisch führenden Sozialisten beachtet worden ist. Wenn nämlich der Staat das Produkt des jeweiligen Gesellschaftszustandes ist, so kann er nicht mit vorausgesetzten und daher einstweilen utopischen Ideen und Anordnungen dem jeweiligen Gesellschaftszustand oder auch der Summe von Gesellschaftsstufen, die er umfaßt, voraussetzen wollen. Mit anderen Worten: So lange die Produktionsverhältnisse einer bestimmten Zeit und eines bestimmten Landes noch nicht allgemein mit Eigentums-, technischen und menschlichen Auffassungsverhältnissen zum vollkommenen Sozialismus gereift, so lange muß es immer eine Utopie bleiben, durch bloße staatliche Einrichtungen und Gewaltanordnungen den Sozialismus allgemein einführen zu wollen. Im Gegenteil! Ein Gesellschaftszustand, der noch zu großen Teilen auf lebenskräftigen privatkapitalistischen Betriebsformen beruht und von vorwiegend privatkapitalistischen Menschenverfassungen getragen wird, die eben auf dem Vorwiegen jenes Gesellschaftszustandes gegründet sind, muß es als wirtschaftlichen und staatlichen Widerspruch empfinden, wenn für ihn Staatsgrundsätze ausgerufen werden, die noch nicht allgemein im wirtschaftlichen Unterbau des Staates, eben der Gesellschaft, ausgebildet und gesichert sind. Jene staatlichen Anordnungen schweben dann sozusagen in der Luft, sie entbehren des festen ökonomischen Untergrundes. Jede politische Gegenbewegung, wenn sie sich nur fest auf wirkliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen stützt, kann jenen allzu künstlichen Staatsüberbau mit seiner schwankenden Grundlage umstoßen. Man sieht ohne weiteres, von wem hoher grundsätzlicher Bedeutung die scharfen Marx'schen Begriffsbestimmungen von Staat und Gesellschaft für die Beurteilung des Bolschewismus sind. Cunow hat denn auch nicht verächtlich, sich in diesem in eigenen Abschnitten, die zu den politisch interessantesten seines Buches gehören, gründlich auseinandergesetzt. Hier muß es genügen, gewissermaßen die politische Reingebirge auf diese Abschnitte zu erwecken und zu lenken. Andererseits ist meiner Empfindung nach die ebenfalls durchaus utopische Wendung, die Marx unter dem starken Gegenstandeindruck der Pariser Kommune in seiner Schrift: „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ S. 48/49 (3. deutsche Auflage von Friedrich Engels, Berlin 1891) genommen hat, bei Cunow etwas zu gut weggenommen. Es müßte denn sein, daß er im zweiten Bande kritisch noch ausführlicher zu ihr zurückkehren wollte. Die Vorstellung, daß eine moderne Wirtschaftsgemeinschaft in die politische Verwaltung durch Einzelgemeinden („kommunale Verfassungen“) aufgelöst werden könne, müßte heute beinahe grotesk an. Weder Marx noch Engels sind ja auch später auf sie zurückgekommen.

Der richtige Ton.

Ein Handbuch für Republikaner.

Wir träumte, ich hätte Besuch bekommen. Freiherr von Knigge, köstlicher Kurzweilmacher, Mitglied des Illuminatenordens usw., usw., gestatte sich das Vergnügen und gebe sich die Ehre, mir seine Aufmerksamkeit zu machen.

Nach einiger einseitiger Unterhaltung kommt er auf den Hauptzweck seines Besuches: Er bitte um eine Empfehlung an den sozialdemokratischen Parteivorstand.

??? —
Ja, die Sozialdemokraten sind doch nun mal die zuverlässigsten Republikaner, sie können vielleicht dafür sorgen, daß in den Schulen endlich der richtige Ton in allen republikanischen Lebenslagen gelehrt wird. Selbstverständlich mit Rücksicht auf Erwachsene. Knigge saß bei diesen Worten ins Jabor und hat nun ein Bündel Zeitung in der Hand. Sehen Sie — wenn Sie mir gestatten, Ihnen Ihre sicher kostbare Zeit zu rauben — Ich antworte: Aber bitte, es ist mir ein Vergnügen; Sie sehen, ich schlafe, habe also Zeit.

Nun, Numero 1, der Hauptabschnitt müßte praktische Erläuterungen aus dem Leben der jungen Republik geben.

Zum Beispiel: Herr Minister Simons redet über Sowjetrußland, er spricht von dem großzügigen wirtschaftlichen Wiederaufbau durch die Bolschewisten. Was das der richtige Ton? Ein Republikaner sollte überhaupt nicht von „Wiederaufbau“ reden, daß ist doch geringwertigste Scheidemünze aus nationalökonomischen Falschgedruckerien. Oder Simons bewundert die „Mächtigkeitsgruppe“ des Generals Wrangel. Ist das der richtige Ton? Oder er erklärt, daß seine Erklärung über den Wiederaufbau der Sowjetrußland gar nicht so gemeint gewesen sei — wie er es gemeint habe. Aber ich bitte Sie, das kann doch nicht der richtige republikanische Ton sein!

Sie meinen Sie vielleicht, daß Herr von Seekt die richtigen Kleider eingepackt hatte, als er nach London fuhr? Stellen Sie sich doch nur vor, mit welcher Vorsicht und Umständlichkeit die Uniform verpackt gewesen sein muß. Und dann die Sorgen dort in London: Ob die Baggelstücke gelitten hat? Soll das der richtige Kostümcode der jungen deutschen Republik sein, fragt mich Herr Knigge.

Der Mann beginnt wie ein Alp zu drücken. Zum Glück meint er, über die Verhandlungen in London wolle er im übrigen überhaupt nicht reden — ich atme auf —, das erfordert ein ganzes Kapitel! —

Nehmen wir etwas anderes, vielleicht die Entlohnung. Hat da die republikanische Reichsregierung überhaupt schon einmal einen richtigen Ton von sich gegeben? Ist das eine Art, so hin und her, vorn und hinten herumzureden! Aber ich bitte Sie. Zu meiner Zeit war es Sitte, wenn man wirklich etwas wollte, oder

Alles in allem genommen, ist die Cunow'sche Arbeit der erste größere Fortschritt im Marx'schen Denken und Denken über die Kriegsverhältnisse und die aus ihnen entstandenen sozialistischen Entzweigungen hinaus. Ihr wohnt, wie allen guten wissenschaftlichen Klärungsarbeiten, eine eminent einigende Kraft inne. Denn vor der wissenschaftlichen Wahrheit müssen sich schließlich alle beugen. In diesem Sinne möge sie kräftig zur Belehrung namentlich der stürmenden Jugend, der Frauen und auch der Verantwortlichen wirken! Es ist immer der größte Ruhm eines Forschers gewesen, wissenschaftlich und praktisch zugleich zu bilden.

Minderheitsregierung in Preußen!

Die Verhandlungen zur Bildung einer preussischen Regierung geben der Presse Anlaß zu allerhand Mutmaßungen, auf die wir hier nicht weiter eingehen, weil es sich meist um leeres Gerede handelt. Zu einer prinzipiellen Betrachtung aber geben uns folgende Ausführungen der „Boschischen Zeitung“ vom Montag Abend Anlaß:

In der „Boschischen Zeitung“ ist bereits mitgeteilt worden, daß das Zentrum die Führung übernommen hat und sich nach wie vor bemüht, eine Mehrheit im preussischen Landtage zu bilden, die die Sozialdemokraten, Zentrum, Demokratie und Deutsche Volkspartei umfaßt. Sollte eine dieser Parteien eine Beteiligung ablehnen, so wird das Zentrum mit den anderen Parteien eine Minderheitsregierung bilden. Die Ablehnung kann nach Lage der Dinge nur von den Sozialdemokraten erfolgen, und die Minderheitsregierung dann nur aus dem Zentrum, der Volkspartei und den Demokraten bestehen.

Dieser Gedankengang ist an sich nicht neu. Vor einigen Tagen wurde er auch in dem deutschnationalen „Sozial-Anzeiger“ entwickelt, und es ist sehr bezeichnend, daß dieselben Reaktionen, denen die klare Mehrheit der alten Koalition als „nicht tragfähig“ erscheint, vor einer offensichtlichen Minderheitsregierung nicht die geringste Scheu haben.

Aber auch die „Boschische Zeitung“ sollte als Organ einer demokratischen Partei wissen, daß in der Demokratie die Regierungsbildung nach dem Grundsatz der Mehrheit erfolgt und Minderheitsregierungen in der Wirklichkeit nicht so einfach wie auf dem Papier entstehen. Wenn das Zentrum mit Demokraten und Volkspartei auch eine Minderheitsregierung bilden will, so ist doch die große Frage, ob es eine solche bilden kann. Schon der erste Schritt hierzu, die Wahl des Ministerpräsidenten, muß scheitern, wenn die Minderheitskoalition nicht noch die Unterstützung einer weiteren Partei erhält. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat im März einmütig beschlossen, eine Minderheitsregierung nicht zu unterstützen. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß sie diesen reiflich erwogenen Beschluß umstoßen wird. Von unabhängigen und kommunistischen hätte die Minderheitskoalition erst recht keine Unterstützung zu erwarten, es bliebe also nur die Unterstützung der Deutschnationalen Volkspartei. Sie allein könnte eine Minderheitsregierung der drei anderen bürgerlichen Parteien am Leben erhalten.

Ob die Deutschnationalen so edelmütig sein werden, ohne selber in die Regierung aufgenommen zu werden, diese dauernd zu halten, ist ihre Sache. Aber in jedem Fall würde eine von der Gnade der Deutschnationalen lebende Minderheitsregierung des Zentrums, der Demokraten und der Volkspartei nichts weiter sein, als der verkappte reaktionäre „Bürgerblock“, den Zentrum und Demokraten bisher abgelehnt haben. Diese beiden Parteien stehen in der Wirklichkeit nicht vor der Entscheidung, ob sie eine Minderheitsregierung bilden, sondern ob sie sich der Gnade der Deutschnationalen verschreiben wollen. Wir bezweifeln, daß sich ehrliche Demokraten in diesem Gedanken wohl befinden.

richtiger, wenn man etwas wirklich wollte, das auch deutlich zu sagen — Ich hustete — im Schloße natürlich. Knigge spricht höflich weiter: Ich verstehe Sie, Sie meinen, gerade in der sogenannten guten alten Zeit hätten Regierungen und Diplomaten immer viel geredet, weil sie nichts zu sagen wußten oder Furcht vor einer klar ausgesprochenen Meinung hatten. Richtig sein. Aber zu allen Zeiten haben die, die eine feste Meinung hatten und sie klar aussprachen, mehr gegolten, als die, deren Worte dehnbar und nicht warm oder kalt waren. Jene hatten gute Freunde, und ehrliche Feinde, diese wurden auch zu meiner Zeit schon wenig geschätzt.

Und dann, sind die Sozialdemokraten nicht in den zwei letztvergangenen Jahren zu höflich geworden? Haben sie immer den richtigen Ton getroffen? Wußten sie des Gegners Klinge nicht mehr am eigenen Degen binden, stets bereit zum scharfen Stoß, oder waren es andere Leute, die ihre Ehre vierzig Jahre lang in den Schmutz getreten und sie wie Pest und Ausschlag behandelt haben? Natürlich, es ist seither einiges anders geworden. Aber lassen Sie doch die Sekundanten verhandeln. Ihre Freunde müssen aufmerksam bleiben. Also bitte, auch hier etwas herzlicher, deutlicher, nicht so schrecklich „parlamentarisch“ und „verantwortungslos“. Haben Sie schon einmal Erwägungen darüber angestellt, wie Ihre Partei von den Gegnern behandelt würde, wenn es morgen umgekehrt käme? Es muß bei Ihnen etwas kräftiger —

Donnerwetter, Knapp und Wollenbruch! — — —

Ich hatte im Schlaf das Wasserglas auf dem Nachtkastl umgestoßen und mir übers Gesicht gegossen. Davon bin ich ermaßt. Aber ich schwöre einen roten Eid: wenn der Traum Wirklichkeit gewesen wäre, Herrn Knigge hätte ich tatsächlich einige Adressen gezeigt, um ihn in seinem Drang, der Republik zu helfen, an die richtigen Stellen zu weisen.

K u h e i.

Der Mensch in Deutschland — eine Million Jahre alt. Eine Menge von Funden des ausgestorbenen Menschen wurden im letzten Jahrzehnt aufgedeckt, die uns in Verbindung mit geologischen Forschungen einen tieferen Einblick in das Alter des Menschengeschlechts gestatten. In der „Umschau“ unterzieht Prof. Bend, der Geograph der Berliner Universität, diese Frage einer Prüfung. Seitdem das Eis sich in die Alpen und ins Innere Schwedens zurückzog, sind etwa 20 000 Jahre verstrichen und zirka 17 000 seit die Pfahlbauern sich an den Alpenfüßen ansiedelten. Älter als diese sind die Höhlenmenschen in Nieder-Oesterreich und die, deren Überreste im Kalbfuß von Weimar gefunden wurden. Versteinerungen weisen auf ein dem heutigen ähnliches Klima, das sich bald nach der letzten Raheiszeit, die etwa 60 000 Jahre dauerte, eingestellt haben muß. Somit rückt das Alter des prähistorischen Menschen von Weimar an mindestens 80 000 Jahre heran. Wir haben aber einen noch älteren Fund, das sind Werkzeuge eines Menschen, der vor etwa 100 000 Jahren in Deutschland lebte und Zeuge seiner größten Vereisungszeit war. Man kann seine Spuren zurückverfolgen bis an das Ende der größten Zwischenzeit, die 12mal so lange dauerte als die Raheiszeit, also mindestens eine Viertelmillion Jahre. Doch

Regierungsbildung in Mecklenburg

Die Forderungen der Sozialdemokratie.

Schwerin, 4. April. (Eigener Drahtbericht des „Borwärts“) Eine Landeskongress der Sozialdemokratischen Partei beschloß nach lebhafter Debatte, die Fraktion zu beauftragen, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen unter folgenden Bedingungen:

1. Sicherung der Verfassung des mecklenburgischen Freistaates und der deutschen Republik.
2. Demokratisierung der Verwaltung.
3. Ausbau der Selbstverwaltung der Kreise unter Befristung der Befugnisse des Provinzparlamentes auf das im staatlichen Interesse notwendige Mindestmaß.
4. Sicherung und Ausbau der bestehenden Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten.
5. Sicherung und Ausbau sozialpolitischer Maßnahmen auch auf dem Gebiet der Rechtspflege.
6. Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot sowie der Erwerbslosigkeit durch Schaffung von Arbeit.
7. Förderung des Siedlungswesens.
8. Durchführung der Trennung von Kirche und Staat.
9. Durchführung der Einheitschule.

Der Antrag der von den Rostocker Genossen geführten Opposition, ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei grundsätzlich abzulehnen, wurde mit 104 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Dank an Oberschlesien.

W.B. meldet: Nachdem die Volksabstimmung in Oberschlesien mit einem überwältigenden deutschen Siege geendet hat, sind nunmehr auch die Arbeiten für ihre Durchführung zum Abschluß gelangt. Um den deutschen Erfolg hat sich vor allem das deutsche Plebiszitkommissariat verdient gemacht, das die deutschen Rechte und Interessen tatkräftig verteidigt hat. Besonderer Dank gebührt auch dem schlesischen Ausschuss, sowie den vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier, die in Oberschlesien, im Reich und im Ausland in Verbindung mit der Zentralstelle für die technische Durchführung der Abstimmung, der technischen Direktion des deutschen Schutzbundes sowie der Grenzpende, die Organisationen geschaffen haben, die für das gewaltige Werk der Volksabstimmung nötig waren. Hervorragender Anteil an dem Sieg des Deutschtums in Oberschlesien gebührt nicht zuletzt auch allen Vereinen, die sich in einmütiger Zusammenarbeit unter Anspannung aller Kräfte in den Dienst der deutschen Sache gestellt haben.

Der Reichspräsident hat Montag die leitenden Persönlichkeiten der genannten Organisationen empfangen und hat ihnen für ihre hingebende und erfolgreiche Tätigkeit den herzlichsten Dank des deutschen Volkes und der Reichsregierung ausgesprochen. In dieser Begrüßungsansprache hat der Reichspräsident darauf hingewiesen, das Oberschlesiens Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit ein eindrucksvolles Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt habe. Oberschlesien habe in alter deutscher Treue bekundet und vor aller Welt Zeugnis abgelegt, deutsch bleiben zu wollen; aber noch sei der Kampf um die Zukunft des Landes nicht beendet. Es gelte auch weiterhin, unser gutes Recht zu verteidigen und auf Erfüllung des Willens der Bevölkerung zu bestehen, der das Verbleiben des ungeteilten Oberschlesiens beim Reiche fordert.

Witosch fordert mehr als Korfanti!

Warschau, 4. April. (Eig.) Ministerpräsident Witosch äußerte sich zu Pressevertretern über die oberschlesische Abstimmungsfrage wie folgt: Die polnische Regierung hat alle Vorbereitungen für die diplomatische Lösung getroffen und alles veranlaßt, um den Entente-mächten die Lage klarzustellen. In einigen Tagen wird die polnische Regierung eine Abordnung des Landtages nach Frankreich, England und Italien schicken. Korfanti begibt sich nach Paris. Unsere Forderung wird aus wirtschaftlichen und geographischen Gründen über die sogenannte Korfanti-Linie hinausgehen, und wir rechnen mit Sicherheit auf eine günstige Erledigung unserer Forderungen.

Ist auch diese Entdeckung nicht die älteste menschliche Spur. Wir haben in Deutschland noch einen Fund, der weit älter ist, weil er mit einer weit älteren Tiergesellschaft zusammen vorkommt, die an die jungtertiäre Fauna erinnert. Der Unterflügel dieses Menschen von Wauer gehört also in die älteste Zwischenzeit, vielleicht sogar in die Boreiszeit und wäre demnach eine halbe Million Jahre alt. Doch ist diese Schätzung nur roh und kann sehr gut um 50 Prozent, vielleicht um 100 Prozent, zu gering sein, so daß man das Alter des Menschen von Wauer auf 1 Million Jahre veranschlagen kann.

Wells für die „Vereinigten Staaten von Europa“. Der bekannte englische Romandichter H. G. Wells, der sich ja auch als historischer und politischer Schriftsteller eifrig betätigt, war zu einer Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten aufgefordert worden, konnte sie aber krankheitshalber nicht unternehmen. Die Vorträge, die nunmehr demnächst in Buchform erscheinen werden, beschäftigen sich mit der Gründung der „Vereinigten Staaten von Europa“, in der Wells das einzige Heil für die Erhaltung und Befestigung unseres Arbeitseflechts sieht. „Wenn Europa nicht in den Zustand völliger Anarchie verfallen soll“, sagt Wells in dem ersten einleitenden Vortrag, „dann muß es ganz so handeln wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Will Europa vor der furchtbaren Katastrophe bewahrt werden, so muß es aufhören, an das französische, an das englische, an das deutsche Volk zu denken. Europa darf dann nur noch an das europäische Volk, wenn nicht überhaupt an die zivilisierte Menschheit denken. Können wir Europäer nicht diese Anschauung zur Wirklichkeit machen, dann ist keine Hoffnung für uns. Nur indem es an alle Völker denkt, kann jedes Volk in Europa sich selbst retten. Neue Kriege werden die soziale Struktur Europas zerstören, und die einzelnen Nationen Europas werden kämpfend untergehen.“

Das Deutsche Oberhaus verabschiedet in der Nacht vom 3. zum 10. April zum Besen seiner Sessionstage in den Räumen des Zoologischen Gartens ein Gesetz: „Waldvergnügsrecht“.

Das Zentral-Theater in der Alten Jakobstraße ist für die Sommerferien an Direktor Wilhelm verpachtet, der dort die Operette „Monte“ von Georg Büff zur Darbietung bringen wird.

Eine Veranschaulichung für Explanat wird an der Berliner Kunsthochschule eingerichtet als Gegenstück zur Werkstatt für Steinbildner, und wie diese zur Vertiefung des handwerklichen Könnens der jungen Bildhauer bestimmt. Als Leiter ist Bildhauer Kurt Kluge aus Leipzig berufen worden.

Zu einer Ausstellung läßt der Bund erfischender Schullehrer auf den 4. und 5. Mai (Himmelfahrt) in die Gemarkung bei Berlin-Königsberg ein. Die Ausstellung behandelt allgemeine Fragen. Film- und Marionetten-Vorführungen, Vorträge, Kunst- und Naturwissenschaften, Vorträge, Vorträge an Studienrat H. Müller, Schöneberg, Ammerbuder Str. 14/15. Einleitungsartikeln Nr. 39, bei Frau Prof. Lehmann, Königsberg, Victoriastr. 37, und im Landgemeindefonds, Söplentstr. 20/21.

Naborna geht nach Wostok. Die aus Kofan gemeldet wird, hat die Sozialregierung die Königin Naborna Duncan (die während des Krieges die Äbtissin durch ihre Tüchtigkeit zum Älteste zu entkommen vermochte) eingeladen, in Kofan eine Kunstschule zu eröffnen.

Eine antike Stadt entdeckt. Ein Block (Bulgarien), in der Gegend der antiken Siedlung Hissar, sind von bulgarischen Archäologen die wohl erhaltenen Fundamente einer vorchristlichen Stadt freigelegt worden. Ob dabei sich dabei um das antike Philippopolis handelt. — Wie aus Kofan gemeldet wird, wurden dort die Ruinen der Villa Ciceros aufgefunden.

Groß-Berlin

Zentralamt für das Wohnungswesen.

26 Mieteinigungsämter in Berlin.

Die städtische Deputation für das Wohnungs- und Siedlungswesen hat, wie berichtet wird, in ihrer gestrigen Sitzung bedeutungsvolle Beschlüsse über die einheitliche Regelung des gesamten Wohnungs- und Mieteinigungswesens in der Stadtgemeinde Berlin gefasst.

Die Zentrale der Wohnungsämter gibt den einzelnen Wohnungsämtern in den Bezirken die Richtlinien zur Durchführung der Wohnungsfürsorge, des Wohnungsnachweises und der Wohnungsbeschaffung. Wohnungsnachweis, Tausch und Ueberweisung von Wohnungsbedürfnissen erfolgt auf Grund solcher Richtlinien durch die Wohnungsbezirksämter.

Vereinheitlichung des Mieteinigungswesens

im neuen Berlin. Nach der Mieterwohnungsgesetzgebung kann für jeden Gemeindebezirk nur ein Einigungsamt errichtet werden. Dies soll die Zentrale der Mieteinigungsämter werden.

Stine Menschenkind.

II. Mütterchen.

Von Martin Andersen Mesch.

„So, also man soll bestraft werden?“ Es lachte in Lars Peter.

„Hier ist von keiner Strafe die Rede. Aber man muß wissen, was für'n Mann du bist, bevor man Vertrauen zu dir haben kann.“

„Jawohl! Nein, man hat recht gut gemerkt, was für ein Halsunke du bist!“ rief Lars Peter und stürmte hinaus.

Der Krugwirt begleitete ihn zum Wagen. „Du wirst schon eines Tages besser vor mir denken.“ sagte er, immer gleich unerschütterlich in seiner Sanftmut.

„Ach, das wird sich schon finden.“ erwiderte Lars Peter abweisend.

„Ja, und den Stallplatz nicht zu vergessen! Es ist ja jetzt kalt.“

„Das werden wir schon selber in Ordnung bringen. Das überlaß mir.“

Damit fuhr Lars Peter fort, im Grunde aus Trotz. Er mußte ausgehen, daß er sich für den Gaul nur durch den Krugwirt Futter und Obdach verschaffen konnte.

Das war damals! Jetzt war er so viel klüger — oder wenigstens vorsichtiger. Wenn ihn, was selten geschah, das Verlangen nach der Landstraße besiel und er Lust verspürte, einen halben Tag in der Gesellschaft des großen Klaus zu zubringen, bat er höflich, ob man ihm den Gaul leihen wolle.

Klüger war er nicht geworden. Der Krugwirt blieb ihm nach wie vor ein großes Rätsel — in seiner allgegenwärtigen Fürsorge und seinem Drang, das Ganze zu tyrannisieren.

Für seine Bootskameraden und die anderen hatte er ebenso geringes Verständnis. Er hatte sein Leben auf dem Lande zugebracht, wo ein jeder für das Seine sorgte und sich selber genügte — und er hatte sich auch oft nach Nachbarschaft

den, sowie den Obmännern der Mieter- und Vermieterhäuser aller Abteilungen besteht. Ferner wird eine Vorstehendenkammer gebildet, die aus den hauptamtlichen Vorstehenden und einer Vertretung der stellerwerbenden Vorstehenden besteht; diese Kammer hat zu den Fragen der Schiedsprechung und Geschäftsführung grundsätzliche Stellung zu nehmen.

Siedlung Köllnische Heide.

In den Siedlungsarbeiten am Dammweg, die die Stadt Neukölln unter Aufwendung ganz erheblicher Mittel fortführt, ist vor kurzem der erste Bauabschnitt begeben worden.

SPD.

Heute Dienstag, den 5. April, abends 6 1/2 Uhr, in den Germania-Festsälen, Chausseest. 110:

Allgemeine Funktionär-Versammlung

Tagesordnung:

Die letzten politischen Vorgänge. Referent: Preußischer Minister des Innern Genosse Seering.

Neue Ausweisarte und Mitgliedsbuch sind am Saaleingang vorzutragen. Die alten, grünen Ausweisarten haben keine Gültigkeit mehr. Der Bezirksvorstand.

nungen angewiesenen Familien befinden sich 7 = 22 Proz., in denen der Haushaltungsvorstand schwerverletzt (50 bis 100 Proz. erwerbsunfähig) ist und 12 = 37,5 Proz., in denen wegen schweren Augenleidens die Unterbringung seitens der Zungenfürsorge als dringend notwendig bezeichnet wurde.

von den Bauten wird auch nach der 2. und 3. Abschnitt fertiggestellt. Mit der Beziehbareit des 2. Abschnittes wird für Juli d. J. gerechnet. Es können jedoch Anträge auf Zuweisung von Wohnungen im 2. oder 3. Abschnitt nicht mehr entgegengenommen werden, da bereits eine so große Zahl von Gesuchen vorliegt, daß nur ein geringer Bruchteil der Bewerber berücksichtigt werden kann.

Brutale Ausflüger.

Am zweiten Osterfeiertag, so schreibt uns ein Leser, wurde nachmittags im Hagen 201 des Redlicher Forstes, unweit der sogenannten „Römerschanze“, ein Waldbrand bemerkt, der dort der tatkräftigen Hilfe von Arbeitern und Bauern aus den nahegelegenen Dörfern und dem Eingreifen des Forstschuttpersonals gedämpft wurde, gerade ehe er durch Ueberbringer auf eine benachbarte Schonung großes Unglück anrichten konnte.

Die Untersuchung hat ergeben, daß das Feuer an der Kochstelle einer Wandererkocher ausgekommen ist, die in frenetischem Leichtsinne das von ihr angezündete Feuer nicht gründlich wieder abgelöscht hatte. Sind schon diese Wanderer wegen ihres Verhaltens ernsthaft zu tadeln, so beinahe noch mehr jene, die im Laufe des Tages an der Brandstelle vorübergegangen sind, den Brand auch bemerkt, aber weder selbst bekämpft noch gemeldet haben.

gelehnt. Es nahm sich so gemütlich aus — von dem einsamen Elsternest draußen gesehen — wenn die Menschen Tür an Tür wohnten; sie konnten einander eine Handreichung tun und ein behagliches Plauderstündchen zusammen halten. Aber was kam hier dabei heraus? Man rackerte sich unwillig ab und schob Verantwortung und Sorgen für sich selbst und andere von sich, verzehrte sein lärgliches Brot von Tag zu Tag und überließ dem anderen den Ueberschuß.

„Das sagt du, Mädchen!“ rief Lars Peter erschrocken und warf den Köffel hin. Dann begann er zu lachen. „Mädchen, du weißt ja nicht, wovon du sprichst.“

„Doch, denn er hat mich angeschaut.“ sagte Stine ernst.

Lars Peter gefiel ihr Gerede nicht, aber wie sollte er die Sache anfassen! Jetzt wäre es gut gewesen, wenn sie Sörine zu Hause gehabt hätten, damit sie ihr Kind den rechten Weg führen könnte. Sonst wurde Sörine nicht oft vernüfft, man hatte sich ohne sie zurechtgefunden.

Eines Vormittags kam der kleine Paul krank vom Strande nach Hause. Er hatte Erbrechen und Kopfschmerzen, Fieber und Schüttelfrost. Stine kleidete ihn aus und steckte ihn ins Bett; dann rief sie den Vater, der oben auf dem Speicher lag und schlief.

Lars Peter kam eilends herunter. Er war die ganze Nacht auf der See gewesen und taumelte etwas. „Na, Kaufmann, gehst uns nicht gut?“ fragte er und legte die Faust auf die Stirn des Knaben. Es pochte heftig darin, und sie war brennend heiß. Der Junge wandte den Kopf weg.

„Es geht recht schlecht mit ihm.“ sagte er traurig und setzte sich auf den Bettrand. „Er will einen noch nicht einmal erkennen. Wie schnell das gekommen ist, heut morgen hat ihm doch noch nichts gefehlt.“

„Nein, als er vorhin nach Hause kam, war er ganz grau — und es fror ihn. Und nun ist er glühend heiß. Hör einmal, wie er röchelt!“

Sie legten sich neben das Bett und betrachteten ihn schweigend; Lars Peter hielt seine kleine Hand in der seinen. Es war eine richtige Grabespote, schwarz und mit abgestumpften Fingerspitzen, die Nägel waren bis ins Fleisch hinein ganz abgeschliffen. Er schonte sich nicht, der kleine Kerl, immer war er ausgelegt und frisch und munter, sobald er die Augen aufschlug. Und jetzt lag er hier und ächzte, daß es traurig anzusehen war! War es ernst? Sollte Lars Peter nun wieder heimgeführt werden an seinen Kindern? Das Unglück mit den ersten Sprößlingen hatte er überwunden — aber jetzt hatte er nichts, was er entbehren konnte! Widerfuhr ihm etwas mit seinen Kindern, ja, dann konnte er nicht mehr, dann war er ein geschlagener Mann. Jetzt begriff er, daß sie ihn aufrechterhalten hatten — bei all dem Unglück mit Sörine und dem, was daraus entstand. Die Kinder hier hatten ihm mit jedem neuen Tag Gemüthung gegeben. All seine zerstückelten Hoffnungen, alles, was für ihn zerbrach, lebte ja in so schöner Weise wieder auf in ihnen, in ihrem frohen, sorglosen Dasein. Vielleicht hing er darum so an seinen Kleinen, weil für ihn selbst so viel zerbrochen war.

und bemerkten sehr gleichmütig, daß sie das Feuer schon am Vormittag gesehen hätten. Zur Rede gestellt, weshalb sie denn nicht für eine rechtzeitige Meldung gesorgt hätten, wenn sie schon nicht sich selbst an der Auslöschung versuchen wollten, sagten sie zynisch, daß sie dann „eine halbe Stunde“ hätten bis zum Forsthaute Jedlich zurückgehen müssen. „Das könne ihnen doch kein Mensch zumuten, denn sie gehe die Geschichte ja gar nichts an!“

Eine solche soziale Pflichtvergessenheit und solch roher Zynismus mögen ja selbst in dieser Zeit vorkommen sein. Es ist aber doch tieftraurig, daß so etwas überhaupt vorkommen kann. Wohin sind wir gelangt, daß eine sonst so hilfsbereite und altruistische Jugend kalküllos und gleichgültig, nur ihrem eigenen Vergnügen folgend, durch die Welt trotzet und dabei noch Anspruch auf Achtung und Beachtung erhebt!

Die Befolgung der Ausbildungskräfte.

Am Montag tagte im Rathaus der Stadtparordneten-Ausschuß zur Vorberatung des Antrages der Stadt. Heimann u. Gen. über die Befolgung der Ausbildungskräfte an den Berliner Schulen. Der Magistrat war durch Schulrat Dr. Dickhoff und Magistratsrat Dr. Graeffner vertreten. Es wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, sämtliche Ausbildungskräfte nach den Grundsätzen des Volksschullehrer-Dienstverordnungs-Gesetzes zu besolden und bis zur Beendigung ihrer Bezüge den Ausbildungskräften einen Vorkauf von 1000 M. auf ihre Gehaltsnachzahlung mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1920 ab zu gewähren.

Ein dreifacher Raub.

der am 31. Dezember 1920 am hellen Tage sich in Neukölln abspielte, beschäftigte gestern das dortige Schöffengericht, dem die Sache von der Strafkammer überwiesen worden war. In dem Hause Reuterstraße 34 befindet sich eine Zählstelle der Erwerbslosenfürsorge. Als der Kassierer Karl Mikowski an jenem Tage die Zählstelle aufsuchen wollte, um das dort zur Auszahlung gelangende Geld für die Erwerbslosen abzuliefern, sprang plötzlich der jetzt Angeklagte, der 20 Jahre alte Straßenhändler Max Regenber, auf ihn los, entriß ihm die noch ihm unter dem Arm getragene Aktentasche mit dem Gelde und ergriff die Flucht. Er wurde sofort von dem Bestohlenen und mehreren Zivilisten verfolgt und es gelang nach längerer Jagd ihn zu fassen und ihm seine Beute wieder abzunehmen. In der Aktentasche befanden sich 18 700 M. Neben dem Angeklagten Regenber hatte sich auch der Kraftfahrzeugbesitzer Max Tiede wegen Beihilfe zu verantworten. Dieser war von dem Regenber zur Fahrt nach der Reuterstraße angenommen worden und hatte den Auftrag erhalten, an einer dortigen Ecke zu warten, bis sein Fahrzeug wieder erscheinen würde; dann sollte er auftragsgemäß sofort diesen wieder aufnehmen und in schnellem Tempo mit ihm davonfahren. Tiede setzte auch seinen Wagen beim Erscheinen des Regenber in Bewegung, es gelang letzterem aber nicht, auf der Flucht den Kraftwagen als Rettung benutzen zu können. Der Angeklagte Tiede erklärte, daß er schon bei seinem Engagement durch Regenber einen sehr schlechten Eindruck von diesem erhalten habe, zumal dieser ihm gefagt habe, er könne bei dieser Fahrt ein gut Stück Geld verdienen, da es sich um eine Diebstahlsaffäre handle. Er habe sich nun vorgenommen gehabt, das Bürschchen im Auge zu behalten und ihn nach vollbrachter Tat mit seinem Auto zur nächsten Polizeistation zu fahren. Mit der Tat selbst habe er nicht das geringste zu tun. Tiede wurde denn auch freigesprochen, während Regenber zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Schüsse auf die Ehefrau. Das Vorverfahren in der Bestechungsaffäre des Polizeihauptmanns Lambert nimmt einen großen Umfang an. Es ist bekanntlich beschuldigt, in zahlreichen Fällen von den Interessenten an der Freigabe von Kraftwagen Schmiergelder in Empfang genommen zu haben. Seitens des Polizeipräsidenten ist ein umfangreiches Material zusammengetragen und dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Meyerhoff, übergeben worden. Jetzt hat der Beschuldigte durch den R.-A. Bohn den Einwand der Geisteskrankheit erheben lassen, indem er behauptet, daß er seit langen Jahren geistig nicht gesund sei. Außer anderen diese Behauptung stützenden Momenten wird darauf hingewiesen, daß B. einmal im Grunewald bei einer Partie noch Schießhorn in einem Wutanfall sieben scharfe Schüsse auf seine Ehefrau und seine Begleiter abgegeben habe. Die Vorkommnisse, auf die Bezug genommen wird, werden jetzt nachgeprüft.

„Das sagt du, Mädchen!“ rief Lars Peter erschrocken und warf den Köffel hin. Dann begann er zu lachen. „Mädchen, du weißt ja nicht, wovon du sprichst.“

„Doch, denn er hat mich angeschaut.“ sagte Stine ernst.

Lars Peter gefiel ihr Gerede nicht, aber wie sollte er die Sache anfassen! Jetzt wäre es gut gewesen, wenn sie Sörine zu Hause gehabt hätten, damit sie ihr Kind den rechten Weg führen könnte. Sonst wurde Sörine nicht oft vernüfft, man hatte sich ohne sie zurechtgefunden.

Eines Vormittags kam der kleine Paul krank vom Strande nach Hause. Er hatte Erbrechen und Kopfschmerzen, Fieber und Schüttelfrost. Stine kleidete ihn aus und steckte ihn ins Bett; dann rief sie den Vater, der oben auf dem Speicher lag und schlief.

Lars Peter kam eilends herunter. Er war die ganze Nacht auf der See gewesen und taumelte etwas. „Na, Kaufmann, gehst uns nicht gut?“ fragte er und legte die Faust auf die Stirn des Knaben. Es pochte heftig darin, und sie war brennend heiß. Der Junge wandte den Kopf weg.

„Es geht recht schlecht mit ihm.“ sagte er traurig und setzte sich auf den Bettrand. „Er will einen noch nicht einmal erkennen. Wie schnell das gekommen ist, heut morgen hat ihm doch noch nichts gefehlt.“

„Nein, als er vorhin nach Hause kam, war er ganz grau — und es fror ihn. Und nun ist er glühend heiß. Hör einmal, wie er röchelt!“

Sie legten sich neben das Bett und betrachteten ihn schweigend; Lars Peter hielt seine kleine Hand in der seinen. Es war eine richtige Grabespote, schwarz und mit abgestumpften Fingerspitzen, die Nägel waren bis ins Fleisch hinein ganz abgeschliffen. Er schonte sich nicht, der kleine Kerl, immer war er ausgelegt und frisch und munter, sobald er die Augen aufschlug. Und jetzt lag er hier und ächzte, daß es traurig anzusehen war! War es ernst? Sollte Lars Peter nun wieder heimgeführt werden an seinen Kindern? Das Unglück mit den ersten Sprößlingen hatte er überwunden — aber jetzt hatte er nichts, was er entbehren konnte! Widerfuhr ihm etwas mit seinen Kindern, ja, dann konnte er nicht mehr, dann war er ein geschlagener Mann. Jetzt begriff er, daß sie ihn aufrechterhalten hatten — bei all dem Unglück mit Sörine und dem, was daraus entstand. Die Kinder hier hatten ihm mit jedem neuen Tag Gemüthung gegeben. All seine zerstückelten Hoffnungen, alles, was für ihn zerbrach, lebte ja in so schöner Weise wieder auf in ihnen, in ihrem frohen, sorglosen Dasein. Vielleicht hing er darum so an seinen Kleinen, weil für ihn selbst so viel zerbrochen war.

(Fortf. folgt.)

Hat sich der Einmarktarif bewährt?

Die fühlbarste Reaktion im Straßenbahnbetriebe war die Erhöhung des Fahrpreises auf eine Mark. Niemand zahlt sie gern, aber etwas Gutes hat sie sofort erzeugt: Die Kleingeldnot, mit der sowohl die Schaffner als das Publikum oft verzweifelt zu kämpfen hatten, ist verschwunden. Aber auch die Befürchtung, daß die Verteuerung der Karten einen erheblichen Rückgang der Zahl der Fahrgäste im Gefolge haben würde, ist nicht eingetroffen.

Es liegt eine Reihe von Tagesabschlüssen vor, die eine Verteilung der Lage der Straßenbahnen Groß-Berlins anlassen. Aus ihnen ergibt sich, daß der Rückgang nur sehr gering ist. Zwar ist die Spannung zwischen dem Tarif der Straßenbahn und dem ihrer großen Nebenbahnen, der Stadt- und Ringbahn, durch die letzte Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise noch weiter gestiegen, da die Straßenbahn nun nahezu um die Hälfte teurer befördert als die Stadtbahn, doch wird das durch die kommende Tarifherabsetzung der Stadtbahn ausgeglichen werden. Die wahrscheinlich 30 Proz. betragende Kürzung würde den Fahrpreis der dritten Klasse etwa 70 Pf. und in der zweiten Klasse etwa eine Mark betragen, während die Preise für die Monatskarten noch wesentlich hinter den Abonnementpreisen der Straßenbahn zurückbleiben würden.

Die bisherigen Ergebnisse der Tarifherabsetzung scheinen jedoch das Defizit bei der Straßenbahn zu decken, ohne aber die Mittel für die Ausbesserung der Anlagen zu bringen. Ob diese aber durch eine Anleihe aufgebracht werden können, muß die nächste Zeit lehren.

Fahrpreidermäßigung und Volksernährung.

Die Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen hat die Fahrpreidermäßigung für Zwecke der Arbeitsvermittlung und im besonderen auch die Fahrpreidermäßigung zur Beschaffung von Arbeitskräften für die Frühjahrsbearbeitung und die Erntearbeiten aufgehoben.

Dagegen macht der preussische Landwirtschaftsminister die schwersten Bedenken geltend. Er legt dar, daß die Ermäßigung mindestens noch für das Jahr 1921 gewährt werden muß. Es ist noch nicht gelungen, großstädtische Arbeiter in ausreichender Zahl auf dem Lande lebhaft zu machen, und man muß versuchen, sie in den Hauptarbeitszeiten, also im Frühjahr und während der Ernte, der Landwirtschaft zuzuführen. Die Gewährung einer Fahrpreidermäßigung wird die Ueberführung großstädtischer Arbeiter auf das Land erleichtern.

Kommt die Fahrpreidermäßigung in Wegfall, so ist momentlich auch die Vergütung der Packerfrüchte, für die in kurzer Zeit viele Arbeiter auf das Land geholt werden müssen, in Frage gestellt. Den finanziellen Gründen der Eisenbahnverwaltung gegen die tarifliche Ausnahmebestimmung muß die Sicherung der Volksernährung unter allen Umständen vorangestellt werden.

Die Vortragsreihe der Genossin Dr. Dora Nischenhauser über „Sozialistische Lebensführung“ beginnt nicht heute abend, sondern erst am Dienstag, den 12. d. Mts.

Ein neues Studentenheim. Es ist beabsichtigt, in den Häusern Allosstr. 48 und Kaimstr. 36, die der Frau Helene Lina Kantorowicz gehören, Studentenheime zu errichten. Kriegsbeschädigten Studenten und Studentinnen ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses sollen zu billigen Preisen gute Unterkunft und Ernährungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Uebernahme von Pflegekindern. An die Einmühenhaft in Kienhöfen, Oriz, Rudow und Rudow ergibt die Bitte, sich recht zahlreich für die Pflege der in den städtischen Kinderpflegheimen untergebrachten Kinder, die sich dort nur vorübergehend befinden können, zur Verfügung stellen zu wollen. Der Aufenthalt der Kinder in den Heimen, die überaus stark in Anspruch genommen sind, kann und darf deshalb nur ein vorübergehender sein, weil dem einzelnen Kinde bei fortwährender körperlicher und geistiger Pflege nicht in ausreichender Weise das gewährt werden kann, was als wichtigster Erziehungsfaktor bezeichnet werden muß: Die treuherzige Liebe in der Familie, im Elternhause. Die meisten pflegebedürftigen Kinder sind unehelich geboren. Sie bedürfen somit ganz besonderer Fürsorge. Anmeldungen von Pflegemüttern werden — wie bisher — im Reichshaus Rathhaus, Berliner Str. 64, Zimmer 126, 2 Treppen, merktags von 9-1 Uhr entgegengenommen. Zuerst dem Pflegegeld wird Rücksicht und Mitleid gewährt. Besonders erwünscht sind Pflegestellen für Säuglinge und Knaben jeden Alters. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß die Kinder zunächst nur im 14. Verwaltungsbereich (Kienhöfen, Oriz, Rudow, Rudow) in Pflege gegeben werden können. Wegen der gegenwärtigen starken Belastung der Kinderpflege und Säuglingsheime sind zurzeit auch Pflegestellen für nur vorübergehende Unterbringung mit Kindern bis zum Alter von 14 Jahren erwünscht.

Der Volksfeuerbestattungsverein Groß-Berlin hielt am 30. März im Reichenhaller Hof seine Jahresversammlung ab. Der Verein hat im letzten Jahre einen großen Aufschwung genommen. Die Mitgliederzahl stieg von 15.000 auf 30.000. Die Verwaltung schenkte dem Bestattungsweisen die größte Beachtung. Bei verstorbenen Mitgliedern, welche dem Verein mindestens ein Jahr angehört, werden die vollen Bestattungskosten getragen. — Auf Verlangen der Aufsichtsbehörde wurden die Beiträge auf Grund eines mathematischen Gutachtens neu festgelegt, so daß den Mitgliedern die größtmögliche Sicherheit in bezug auf ihre Ansprüche dem Verein gegenüber gegeben ist. Weiter ist, trotz dem sich fäufelnde Parteien der Preussischen Landesversammlung mit Ausnahme des Zentrums für die Bestattungen des Vereins erklärt haben, der seit September 1919 im Volksratsministerium ruhende Gesetzentwurf über die Feuerbestattung in der Landesversammlung nicht zur Beratung gekommen. Es muß daher auf den heutigewöchentlichen Sonntag mit größtem Nachdruck eingewirkt werden, damit dieser im Interesse der Volkswohlfahrt liegende Gesetzentwurf endlich beraten wird. Der Geschäftsherrschende wurde einmütig aufgegeben und der bisherige Vorstand und die Revisoren wiedergewählt. Der Vorsitzende wird voll befähigt, um sich ganz den Vereinsangelegenheiten widmen zu können. Ein Antrag, welcher befragt, daß Mitglieder, welche von anderen Feuerbestattungsvereinen zum Volksfeuerbestattungsverein Groß-Berlin übertraten wollen, der Wert der gezahlten Beiträge bei einer kurzen Karenzzeit angerechnet werden soll, wurde angenommen.

Die Reise durch den polnischen Korridor. Das Reichsverkehrsministerium weist nochmals ausdrücklich darauf hin, daß bei der Reise durch den polnischen Korridor bei Benutzung der beiden durchgehenden Schnellzüge Berlin—Schneidemühl—König—Dirschau—Marienburg ein einfacher deutscher Ausweis mit Lichtbild (Inlandspass) ohne Sichtvermerk genügt. Bei Benutzung anderer Strecken oder bei Personenzügen auf der vorerwähnten Strecke ist ein polnischer Sichtvermerk nötig.

Eine überaus zahlreiche besuchte Sängerabendveranstaltung, an der sich auch die Mitglieder der Reichsbannerbewegung beteiligten, fand am Sonntag im großen Saal des Rathauses in Niederschlesien statt. Der erste 9000 Besucher füllende Saal war überfüllt. Die Gesangsvereine brachten ein großes Konzert mit. Jeder Verein brachte das Beste zu leisten. Letztere Zusammenkunft dieser Art dachten die Teilnehmer sich aus der schwachen Vereinstätigkeit heraus. Besonders erwünscht ist der Reichshaus Oberländerwende, der in dem hier. Lokalort einen ausgeprägten Sängerkreis besitzt; daß von dem Chor gemeinsame Damenteilnahme auch besonders an. Außerdem verfügt der Volkshaus noch über einen gemischten Chor, welchem eine nationale Anzahl Damen angehört.

Das Hof-Theater entwirrt Roschines Komödie „Die Stridnadeln“ der Vergessenheit und brachte sie erfolgreich zur Aufführung. Diese Stridnadeln, die eine junge, lebenshungrige Frau auf den Weg der Tragödie zurückführt. Als Darstellerin der jungen Frau war Leonore Ehn a. G. im allgemeinen gut, doch hätte sie manchmal mehr auf sich herausgeben können. Bernhard Rofe als nachsichtiger Ehemann stand diesmal wohl nicht recht an seinem Platze. Von den anderen Darstellern ist nur das Weite zu sagen. Wenn auch diese halb sentimentale und halb galante Komödie aus längst vergangener Zeit heute eigenartig anmutet, so war das ganze

Was eine Vorstellung, zu der man dem Hof-Theater nur GELD mitbringen kann.

Generaldirektor Rommel. Die Funktionäre und Kapitalismuskollegen, die die Unterwürfen für die Abnahme von Religionsunterricht und für die weltliche Schule des Reichs haben, werden durch die Genossen an der am Mittwoch, den 6. April, abends 7 1/2 Uhr, in Kleins' Lokal stattfindenden Versammlung eingeladen.

Die Zukunft der Wirtschaft. Ueber dieses Thema spricht bereits, abends 7 1/2 Uhr, Genosse Dr. Holz im Nationalhof, Bülowstr. 27. Es wird um zahlreichen Besuch dieser jedermann ausnahmslos interessierenden Versammlung gebeten.

Die Ausgabe von Sonderpostkarten für Kranke und Behinderte erfolgt innerhalb des Gebietes der alten Stadtgemeinde Berlin in Zukunft nicht mehr durch die städtische Zentralstelle für Krankenbesuche, sondern durch die Bezirksstellen des zuständigen Verwaltungsbezirks.

Filmschau.

- „Tobias Pantofel“ — im Film! Er bedeutet, wenn auch die Unvollkommenheiten und Ungenauigkeiten des Roman-Vorfalles wohl nicht einmal zu belegen sein werden, doch immerhin einen Fortschritt. Die Pathé-Kunst hat durch die anerkennenswerte Leistung Helmer Wedans wirkungsvoll vor Augen geführt. Nur hätte man sich annehmen eine etwas ruhiger Szenenfolge gewünscht. Er selbst als Tobias Pantofel hat seine Rolle mit einer gewissen Anstrengung als Komiker gespielt und Artha Richard gab der ruhigen Gestalt der Mutter in bester Weise Inhalt und Leben. Die geschmackvolle Ausstattung lag in den bewährten Händen von Professor Löffke.
- „Erzählung Interred“ — Bei der zurzeit in den Sport-Kolossal-Spielen laufenden Großserie von Dammann und Deas erzielt lediglich das Schlußbild mit den gut entwickelten Delfinen das Interesse des Zuschauers. Höhere Ansprüche stellt der Kolossal „Erzählung Interred“ nach dem gleichnamigen Roman von Adolf Deul. Das Naturspiel an den europäischen Küsten wird in fröhlich leuchtender Form dem flammenden Publikum beigebracht. So singt es alle — dem Film zufolge — damals in den höchsten Kreisen zu. Schauerhaft, höchst schauerhaft — Beispiel wurde von der majestätischen Abels Santos (als Kaiserin Elisabeth) und dem während intralanten Albert Steinrück (als Baumgartner) recht höflich und wirkungsvoll. Dagegen erlitten der über die Oberallee d'Con sternlich blätern. Es gelang Marion Regier nicht, die geheimnisvolle monströse Rolle glaubhaft zu gestalten. Sie blieb im Rationalitätstheater stehen. Die Reinszenen Dekorationen mögen gut sein; man konnte sie nur der durchweg schlechten Beleuchtung wegen nicht genügend würdigen.
- Das Terra-Theater in der Hardenbergstraße bringt in dieser Woche außer dem von und bereits anlässlich einer Preisverleihung gemeldeten Film „Christen Botschaft“ Beiträge Margarete Kämpfer. Der auf dem Programm stehende Film lautet wegen Inoffizialität von Anita Diefenbach nicht zur Vorführung gelangen. Hierfür sprang Elisabeth Hauptmann ein und ersetzte mit zwei gut ausgeführten Längen wohlverdienten Wechsel.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- Heute, Dienstag, den 5. April:
- 11. Kreis Schöneberg-Preussen. 7 1/2 Uhr im Reichshaus Engelhardt, Martin-Luther-Str. 78/79, Sitzung des Kreisvorstandes.
 - 12. Kreis Reinickendorf. 8 1/2 Uhr im Rathaus Reinickendorf-Ort (Eichengasse), Hauptstraße, erweiterter Kreisvorstand, Die Stadt- und Bezirksverordneten sowie von jeder Abteilung zwei Reichsanwaltschaftler werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.
 - 13. 14. Kreis Charlottenburg. 7 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Frauenabend. Referent Frau Dr. Westphalen: „Soziale Hygiene und Kindererziehung“.
 - 15. 16. Kreis Charlottenburg. 7 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
 - 17. 18. Kreis Charlottenburg. 7 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten und Betriebsratvorstandes.
 - 19. 20. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
 - 21. 22. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
 - 23. 24. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
 - 25. 26. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
 - 27. 28. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
 - 29. 30. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.

Morgen, Mittwoch, den 6. April:

- 1. 2. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
- 3. 4. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
- 5. 6. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
- 7. 8. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
- 9. 10. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
- 11. 12. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
- 13. 14. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
- 15. 16. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
- 17. 18. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
- 19. 20. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
- 21. 22. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
- 23. 24. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
- 25. 26. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
- 27. 28. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.
- 29. 30. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau Dr. Kaiserin-Kunze-Alles 32, Sitzung familiärer Pflichten.

Gerichtszeitung.

Primo oder primus. Vor dem Potsdamer Bürgergericht fand durch Freispruch des Verfahrens seinen Abschluß, in das der Obermann der Potsdamer Schlächterinnung, der Fleischmeister Paul Lippold verurteilt war. Er hat seinerzeit gegen die von zwei Potsdamer Schlächterfirmen veröffentlichten Inserate, in denen Fleischwaren zu niedrigeren Preisen, als sie in den Ladengeschäften üblich waren, angeboten worden sind, Einspruch erhoben. Diese Tatsache wurde so gedeutet, als ob der Obermeister mit seinem Einspruch erreichen wollte, daß das Potsdamer Preisniveau nicht gedrückt würde. Die Zeugenvernehmungen ergaben, daß diese Absicht nicht bestanden hat. Es kam im wesentlichen darauf an, daß die beiden Inserenten im Vorlauf ihres Angebots die Abfertigung pr. verwendet und als preiswert bezeichnet hatten, während sie der Obermeister als prima deutete. Der Angeklagte hatte durch seinen Einspruch nur verhalten wollen, daß gegen die übrigen Schlächtermeister der Verdacht entstehen, sie verkaufen aus Eigennutz zum Nachteil des Publikums das Fleisch teurer als die beiden Inserenten. Das Potsdamer Bürgergericht billigte die Gründe des Angeklagten und sprach ihn nach dem Antrage des Staatsanwalts frei.

Aus aller Welt.

Eisenbahn- und Häuserbau durch Arbeitervereine in Palästina. Das Arbeitsamt der jüdischen Arbeiterparteien in Palästina übernahm den Bau der Eisenbahnstrecke Petach Tikwah—Kos El Ein, wodurch 130 Arbeiter einige Wochen lang beschäftigt werden. Ebenso wird der Bau der Strecke Ludd—Suraf von einer gleich großen Arbeitergruppe durchgeführt. Die Zionische Kommission in Jerusalem übergab den Bau von 14 Häusern in der Nähe der Kolonie Petach Tikwah einer genossenschaftlichen Gruppe jüdischer Arbeiter, die ihrerseits einige sachverständige Bauleiter anstellte. Die Gruppe hat einige Wochen und Jünger eingestellt und will nach Möglichkeit dazu übergehen, die Zurückführung der Baustelle selbst vorzunehmen. Die Lebensmittel beschafft sie genossenschaftlich. Man hofft, durch die genossenschaftliche Arbeitsübernahme gleichzeitig dem Fall der Arbeitervereine entgegenzuarbeiten, das sich neuerdings bemerkbar macht.

Amerikanische Baumwollspinnerei für die Bremer Arbeit. Die amerikanische Firma Tom B. Owens u. Co. in New York hat zum Besten der Bremer Kinderhilfe fünfzig Balken maritanische Baumwollspinnerei.

Sport.

Wettkampfschwimmer, Charlottenburg. Dienstag, den 5. April, abends 10 Uhr, im Bürgergarten, Reinickendorf-Ort, Sitzung. Alle Teilnehmer müssen erscheinen.

Freie Schwimmer, Charlottenburg. Dienstag, den 5. April, abends 7 Uhr, bei Bogner, Schöller, 6, Ringelbergersammlung.

Wirtschaft

Der achte deutsche Seeschiffahrtstag.

Der vom Deutschen Nautischen Verein und vom Verband deutscher Seeschifferevereine einberufene achte deutsche Seeschiffahrtstag wurde gestern in der Aula der Handels-Hochschule von dem Vorsitzenden, Senator Dimpler Lübeck eröffnet. Als Vertreter des Reichspräsidenten war Staatssekretär Dr. Ullrich erschienen, ferner Ministerialdirektor v. Jonquieres, der Chef der Marineleitung Admiral Behne, sowie Vertreter des Reichstags, des Reichswirtschaftsrats, des Reichswirtschaftsministeriums und anderer leitender Stellen. Der Generaldirektor der Hapag, Geheimer Oberregierungsrat Dr. Cuno, sprach über den Wiederaufbau unserer Handelsflotte, der mit der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft überhaupt in engster Zusammenhang steht. Ein Blick in unsere Häfen zeige das Ueberwiegen der ausländischen Flaggen, nur zögernd zeige sich die deutsche Flagge auf kleinen Schiffen und es gelte alle Kräfte zusammenzunehmen, um allmählich dem Wettbewerb des Auslandes entgegenzutreten zu können. Wir müßten uns darauf beschränken, in erster Linie Frachtschiffe zu bauen, während der Wiederherstellung des Passagierverkehrs nur in der Bereinigung von Fracht- und Personenschiffen Rechnung getragen werden könne. Redner berührte kurz die Bestimmungen des Versailler Friedens, bei denen menschlicher Wille gläubig der natürlichen Entwicklung der Dinge vorgreifen zu können. Was habe die Begnähme unserer Schiffe den Feinden genützt? Gegen alle Mutmaßungen der Sachverständigen habe der Weltschmerz sich schon wieder den Stand vor dem Kriege weit überschritten, so daß in englischen, französischen, japanischen usw. Häfen unsere früheren Schiffe auflagen und nur Konfiszierungsarbeiten bedingten. So würden uns unsere Schiffe allmählich auf dem Umweg über ausländische Firmen zurückverkauft.

Weiter gelangte eine Entschließung zur einstimmigen Annahme, in der die durch die Lagung verlorperte Schiffsflotte sich nachdrücklich zur schwarz-weiß-roten Flagge bekennet. Für diese Stellungnahme seien allein praktische Gründe maßgebend: nautische und kaufmännische Erwägungen, sowie überlegte Rücksicht auf die unwandelbare Anhänglichkeit der Auslandsdeutschen an die alter Farben. Die Resolution empfiehlt höchst überflüssigerweise, auf dem Wege einer allgemeinen Abstimmung die Auffassung des gesamten deutschen Volkes zur Flaggenfrage feststellen zu lassen.

Soziales.

Das Reich als Arbeitgeber.

Aus Eberfeld wird uns geschrieben: Beim hiesigen Berarungsausschuss (früher Bezirkskommando) wurden mit dem 31. März 1921 sämtliche Angehörige (76) entlassen. Diese Angehörigen wurden auf Grund des Reichsarbeitsgesetzes vom 4. Juni 1920 beurlaubt. Die geäußerten Einzelverträge des Reichsarbeitsministeriums in ihrer finanziellen Auswirkung als zu hoch, obwohl die Gehälter weit unter dem ortsüblichen Sach zurückblieben. Das Reichsarbeitsministerium ordnete die Kündigung der Verträge an. Obgleich ein Einspruch gegen diese Kündigung nach dem § 84 des Betriebsvertragsgesetzes gerechtfertigt war, hat das Reichsarbeitsministerium die endgültige Entlassung aller derjenigen Angestellten verfügt, die sich nicht mit der von ihm anzunehmenden Befolgung einverstanden erklärten. Man mußte hierbei den Angestellten zu, Bezüge ohne Angabe der Höhe des Gehalts zu vollziehen. Das Reichsarbeitsministerium konnte also nach Vollziehung des Vertrages willkürlich Gehälter hineinsetzen, die der wirtschaftlichen Lage absolut nicht entsprechen, und die Angestellten wären dadurch gezwungen, an diese gebunden. Da die Angestellten dieses Ansehen ablehnten, wurden sie entlassen. Ein vom sozialistischen Schlichtungsausschuss Eberfeld am 9. Dezember 1920 zugunsten der Angestellten gefällter Schlichtungsspruch ist seitens des RAR bis heute nicht anerkannt worden, vielmehr mußten die Angestellten eine Klage gegen den RAR anstrengen.

Ganz abgesehen von allen unangenehmen Weiterungen, die den Angestellten durch die Entlassung erwachsen, schadet man den Kriegsbeschädigten durch die Entlassung. Das alte Personal, welches auf den schwierigsten Umgang mit Kriegsbeschädigten eingestellt ist und bei der bevorstehenden Umanerlung alle Kräfte einlegen müßte, um eine möglichst rasche Abwicklung der Verdingungsgeschäfte zu gewährleisten, wird entlassen, um ungeschulten billigeren Kräften Platz zu machen. Hier muß dringend Abhilfe geschaffen werden.

Erhöhung der Gefangenearbeitslöhne.

Mit Wirkung vom 1. April 1921 ab werden laut Justizministerieller Verfügung vom 30. März 1921 die von der Justizverwaltung und von Strafanstaltsbeamten zu entrichtenden Gefangenearbeitslöhne wie folgt geändert: Bei Arbeiten für die Justizverwaltung sind zu erhöhen für Arbeiten, die ein handwerksmäßige oder technische Vorbildung voraussetzen oder besondere körperliche Anstrengung erfordern, 5 bis 8 M. für den Tag; für Arbeiten, welche von jedem so arbeitsfähigen männlichen oder von den weiblichen Gefangenen geleistet werden können, 4 M. für den Tag; für untergeordnete Arbeiten entsprechend geringere Sätze. Bei Arbeiten für Strafanstaltsbeamte sind zu entrichten: für die Anfertigung von Schneider- und Schuhmacherarbeiten, für kleine Ausbesserungen der Haus- und Dienstausrüstungen ein Tagelohnsatz von 3 M. Für Arbeiten in Beamtendienstdiensten oder Anstaltsküchen, für Hofspalten und Abtragen von Feuerungsstoffen ein Tagelohnsatz von 2 M.

Auch diese Sätze sind unseres Erachtens noch reichlich gering bemessen.

Wohnungsbau als Erwerbslofenfürsorge.

Eine Förderung des Wohnungsbau mit Mitteln der produktiven Erwerbslofenfürsorge im Sinne der Bestimmungen des Reichsarbeitsministeriums ist, nach einem Erlass vom 9. März, grundsätzlich insoweit ausgeschlossen, als für denselben Wohnungsbau ein Reichsbauwesen oder andere Mittel des Reichs als Unternehmungen gewährt werden. Das gleiche gilt auch für die mittels des Staates gegebenen Darlehen. Im übrigen rechtfertigt die große Arbeitslosigkeit im Bauwesen auch nach Ansicht der Reichsregierung die Förderung des Wohnungsbau mit Mitteln der produktiven Erwerbslofenfürsorge. Der entscheidende Gesichtspunkt für die Auszahlung von den zahlreichen Bauverträgen ist, daß nur solche mit Mitteln der produktiven Erwerbslofenfürsorge gefördert werden können, durch deren Ausführung für die Dauer eine vorteilhafte Beschäftigung der Arbeitskräfte herbeigeführt oder neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. Das trifft insbesondere zu, wenn Wohnungsbau den Hebergang von Arbeitskräften aus einer Stadt in ein ländliches Arbeitsverhältnis dienen, darüber hinaus für alle Bauverträge, von denen eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung oder der Erzeugung einzelner Rohstoffe oder Betriebsstoffe erwartet werden darf. Ausgenommen sind hierbei Wohnungen, deren Errichtung nach den besonderen Vorschriften für die Errichtung von Bergmannswohnungen unterliegt werden kann.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Zuschriften werden nicht erwidert. — Über für den Briefkasten bestimmten Beiträge für den Redaktionsschreiber und eine Summe von 1000 Mark werden in der nächsten Ausgabe, Ende April, 1. Teil, veröffentlicht. —

Der Redaktion sind alle Beiträge willkommen, die in der nächsten Ausgabe veröffentlicht werden können. —

Der Redaktion sind alle Beiträge willkommen, die in der nächsten Ausgabe veröffentlicht werden können. —

Der Redaktion sind alle Beiträge willkommen, die in der nächsten Ausgabe veröffentlicht werden können. —

Sült und Proteststreik.

Wie wir bereits im gestrigen Abendblatt meldeten, ist es den Kommunisten gelungen, bei den städtischen Elektrizitätsarbeitern den Beschluß durchzubringen, daß am Tage der Beerdigung Sült ein 24stündiger Proteststreik über Berlin verhängt werden soll. Die Kommunisten sind jetzt drauf und dran, diesen Anfangserfolg auszubauen und dem von ihnen geplanten Streik eine möglichst große Ausdehnung zu geben.

Ein von den Aktionsausschüssen der städtischen Elektrizitätsarbeiter erlassener Aufruf fordert alle kommunalen Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten, sich am Begräbnis Sült zu beteiligen und am Mittwoch die Arbeit ruhen zu lassen. In diesem überaus schwülstig gehaltenen Aufruf wird Sült als ein Führer bezeichnet, „der sich im jähren Kampf für das arbeitende Proletariat der Stadt Berlin hochverdient gemacht hat“. Wir haben uns bekanntlich erlaubt, der entgegengesetzten Meinung zu sein und wissen uns darin mit allen besonnenen, gewerkschaftlich disziplinierten Arbeitern Berlins einens.

Dieselben Kommunisten, die die Teilnehmer am Beerdigungsbegräbnis beschimpft und angepöckelt haben, stellen es jetzt als eine Pflicht der Solidarität hin, Sült als einen Helden des Proletariats zu feiern! Die Leute, die sinnlos und nutzlos Hunderte von Proletariern in den Tod gejagt, Trauer und Sorge über Tausende von Arbeiterfamilien gebracht haben, machen sich schon wieder — diesmal auf die Sentimentalität spekulierend — die Führung der Berliner Arbeiterklasse an!

Warnung vor unbedachten Aktionen.

Folgender Aufruf geht uns zu:
Arbeiter, Angestellte Groß-Berlins! Wir wiederholen heute mit allem Nachdruck unsern bereits am Freitag erhobenen Protest gegen die Einsetzung der Sondergerichte. Weiter wenden wir uns mit aller Energie gegen den heute noch bestehenden Schleier, der zu der uns Sült verübten Missetat geführt hat und so die große Zahl früherer Opfer vermehrte. Wir fordern, daß diese Sondergerichte nicht eingesetzt werden und daß der Schiefler gänzlich aufgehoben wird. Außerdem verlangen wir, daß die an der Tötung Sült's Schuldigen ohne Schonung bestraft werden.

Die Erfüllung aller dieser nur zu berechtigten Forderungen zu erreichen, wollten wir zusammen mit den politischen Parteien zu einer gemeinsamen Protestkundgebung aufrufen. Dieser Versuch ist aber leider gescheitert. Angesichts dieser zum Teil veränderten Situation haben wir uns nochmals mit der Sachlage beschäftigt. Wir empfehlen der Groß-Berliner Arbeiterklasse, trotz der berechtigten Erbitterung über diese Verletzungen des proletarischen Rechtsempfindens sich nach wie vor nicht von Leidenschaften, sondern von nüchternen Erwägungen leiten zu lassen und der Reaktion nicht die Freude zu bereiten, zu der von ihr gewünschten Stunde einen Kampf aufzunehmen.

Wir empfehlen deshalb der Arbeiterklasse auch, die Beerdigung des Getöteten nicht zum Anlaß von Aktionen werden zu lassen.

Kfa-Bund, Ortsrat Groß-Berlin.
Hilfau, Liebestind.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
Sabath, Bollmerhaus.

Regisseur Hölz.

Zu den beiden Berliner Attentaten, über die wir in der gestrigen Kammerungsansage berichteten, hat sich noch ein drittes gestellt, im Hause Lohndstr. 197, wo ein Pappkarton mit 14 Dynamitpatronen, einer Sprengkapsel und einer Handgranate gefunden wurde, woran eine angebrannte, aber erloschene Zündschnur befestigt war. In dem Hause wohnen zahlreiche Mitglieder der Entente-Kommunisten.

Es scheint tatsächlich, als ob auch hinter diesen neuen Anschlags der berühmte Regisseur Hölz steht. Dafür sprechen nicht nur die am Tatort des Grunewaldattentats vorgefundenen Zettel und Kruste, sondern es stellt sich auch heraus, daß das misslungene Siegesjubiläumattentat von Regisseur Hölz angezettelt war. Der „Lokalanzeiger“ will in der Lage sein, sehr eingehende Mitteilungen hierüber machen zu können. Danach haben die Siegesjubiläumattentäter zugestanden, daß sie mit der Tat von einem unbekanntem auswärtigen Kommunisten namens Jerry beauftragt worden sind. Zwei der Verhafteten, die Hölz persönlich kannten, gaben schließlich zu, daß Jerry und Hölz eine Person seien.

Die übrigen Angeklagten, die Hölz nicht kannten, bezeichneten aus einer Serie ihnen vorgelegter Photographien ohne Zögern und übereinstimmend die Photographie des Regisseurs als Bildnis des angeblichen Jerry.

Der kommunistische Bandenführer Regisseur Hölz ist wohl ein sehr gefährlicher und verwegener Bursche, aber von so geringem geistigen Horizont, daß er der Arbeiterbewegung nie gefährlicher wird, als der angeblich von ihm bekämpften Bourgeoisie. Ein Mensch von halbwegs einseitigem Denken müßte sich sagen, daß derartige „Anschlagsmittel“ genau das Gegenteil ihres Zweckes erreichen. Mit ein paar sinnlosen Dynamitattentaten läßt sich keine Regierung oder herrschende Klasse ins Haus locken. Bedenktlich der Abwehrwille wird hierdurch — und zwar ganz erheblich — gestärkt. Die notwendige Befähigung Unbeteiligter und gänzlich Unschuldiger kann nur dazu dienen, alle Bevölkerungsschichten gegen die Urheber der Untaten zusammenzuschweißen. Da ihrem eigenen Interesse hätten die Kommunisten mellenweit von Hölz und seinen Taten abrücken müssen. Vor einem Jahre hat wenigstens die KPD, das getan, während allerdings die kommunistische Arbeiterpartei schon damals begeistert Regisseur Hölz als den ihrigen reklamierte. Wenn diesmal auch die KPD, sich völlig von den Hölzbanden hat ins Schlepptau nehmen lassen, so ist das ein sicheres Symptom für den geistigen Abbruch der ganzen Bewegung.

Hölz war, ehe er Bandenführer wurde, Erklärer in einem Kinotheater. Er wäre vielleicht auch ein ganz guter Kinosregisseur geworden. Jedenfalls hat er — das mag ihm zugestanden werden — den jetzigen Kommunismus nach allen Regeln der Kintopp-Schauerromantik inszeniert. Aber die Wirklichkeit ist denn doch etwas anderes als ein Bekehrungsfilm in sieben Fortsetzungen. Hölz hat nicht mit Statisten gespielt, deren Verhalten nach der Aufnahme froh und munter wieder aufsteht, sondern er hat Hunderte von Arbeiterfamilien in Unglück und Elend gestürzt. Die blutrünstige Phantastie eines durch Kinoschund verdorbenen Gehirns ist wirklich keine Führerin in den ernsten Dingen der Politik. Was bedeuten, die sich solchen Führern anvertrauen!

Bei der Abführung des Geländes vom Grunewald-Attentat wurde auch noch eine englische Eierhandgranate mit scharfen Zündern in der Nähe des Tatortes gefunden und inhaftlich gemacht.

Der tägliche Munitionsfund.

Hofft man: Montag vormittag händigte der 35 Jahre alte Arbeiter Johann B. einer Streife der Schutzpolizei in Spandau eine Originalliste mit Sprengzählern für Eierhandgranaten aus, die eine Länge von 15 Zentimeter und eine Höhe von 10 Zentimeter hat. Er gab an, daß die Liste beim Fischen im Südhafen vor dem Verladeplatz der Firma Kurt Thomas, Expeditiv-Büro für Sprengstoffe, in Spandau aus dem Wasser gezogen worden sei. Die Kriminalpolizei ist mit der Prüfung der Angelegenheit beschäftigt.

Der Schutz der Eisenbahnen gegen Attentate.

Wie bekannt, hat der Reichsverkehrsminister Gröner sich in einem Aufruf an die deutschen Eisenbahner gewandt und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Eisenbahner die Behörden bei der Bewachung und Sicherung der Anlagen und technischen Einrichtungen unterstützen werden. Dieser Erlaß hat, wie eine Berliner Nachrichtenstelle hört, zu Erörterungen innerhalb der Großorganisationen der Eisenbahner geführt. In einigen Verbänden ist man der Ansicht, daß eine bewaffnete Selbsthilfe der Eisenbahner undurchführbar sei, da auf kleineren Stationen, auf vorgeschobenen Stellwerken usw. ein bewaffneter Widerstand des Personals gegenüber größeren Banden überhaupt nicht zu denken sei. Es sei vielmehr damit zu rechnen, daß, falls die Beamten sich mit Waffen zur Wehr setzen, die Angriffe der Banden sich noch verstärken und von einem wirklichen Schutz des Personals überhaupt keine Rede mehr sein könne. In den nächsten Tagen werden über diese Fragen Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium stattfinden.

Sicherung für lebenswichtige Betriebe.

Wie die B.S.-Korrespondenz meldet, hat die preussische Regierung dem Oberbürgermeister Böß gestern mitgeteilt, daß die Verfügung des Reichspräsidenten vom 10. November 1920, betreffend den Schutz der lebenswichtigen Betriebe, noch wie vor besteht und daß sich die Regierung veranlaßt sieht, bei einem etwaigen Streik in lebenswichtigen Betrieben sofort einzugreifen.

Nach dieser Verfügung ist bekanntlich der Reichsminister des Innern berechtigt, in bestimmten lebenswichtigen Betrieben Notstandsversorgung zu sichern und alle Bewachungsmahnmahnen zu treffen, die zur Versorgung der Bevölkerung oder zur Weiterführung des Betriebes geeignet sind.

Sprengstoffunde und Verhaftungen in Breslau. Der Breslauer Polizei gelang es, verborgen gehaltene Sprengstoffe zu ermitteln und zu beschlagnahmen. Durch einen Zufall gelangte sie außerdem in den Besitz von Schriftstücken, auf Grund deren sie eine große Anzahl von Personen verhaftete. Bisher sind ungefähr 50 Personen festgenommen worden, darunter 10 Personen aus der Provinz.

Weitere Verhaftungen in Mitteldeutschland.

Magdeburg, 4. April. (B.Z.) Die Reichsteile des Oberpräsidiums teilt mit:

Im Regierungsbezirk Merseburg wurden bei verschiedenen Streifen mehrere Personen festgenommen und auch Gewehre beschlagnahmt. Gettsfeld wurde mit einer Hundertschaft dauernd besetzt. Im Kreise Torgau wurden 280 Personen festgenommen. In Torgau ist ein Handgranatenattentat auf den zweiten Bürgermeister verübt worden, das mißlang. Es wurden erhebliche Munitionsfunde gemacht. Im übrigen kann gesagt werden, daß die Lage im allgemeinen ruhig geworden ist, und daß die Aufrührerbewegung als niedergefallen betrachtet werden kann. Ueber Weiskopf ist in einem Bericht der III. zufolge die Telefonkonferenz verhängt worden.

Arbeitsaufnahme der linksrheinischen Zechen

Essen, 4. April. (Z.) Auf der linksrheinischen Seite hat der weitest große Teil der Belegschaften heute die Arbeit wieder aufgenommen. Die Belegschaft der Zeche „Rheinpreußen“ ist fast vollständig angefahren. Auf der Zeche „Wiergard“ streikten von etwa 1000 Mann starken Belegschaft noch 200 Mann. Auf der Zeche „Friedrich-Heinrich“ haben von der Belegschaft in Stärke von 1500 Mann 400 die Arbeit wieder aufgenommen. Mehr Leute konnten nicht eingestellt werden, da die Grube zunächst inhaftig gestellt werden muß. Bei der „Kiederscheid'schen Bergwerksgesellschaft“ haben von 410 Mann etwa 200 die Arbeit aufgenommen. Die Belegschaft der Zeche „Wilhelmine Revisen“ ist vollständig zur Arbeit erschienen. Belgische Besatzungstruppen halten sämtliche Zechen auf der linken Rheinseite noch besetzt. Auf der Zeche „Carolus Magnus“ sind heute die Belegschaften wieder angefahren.

Die unmarxistischen Kommunisten.

Aöln, 4. April. (Z.) Am Sonntag sprach im Volkshaus zu Aöln der Abg. Salkmann in einer sozialdemokratischen Vertrauensmännerversammlung über den kommunistischen Putsch. Er warnte vor der etwaigen vertretenen Auffassung, daß dieser Putsch das letzte Aufflackern kommunistischer Gewalttätigkeiten in Deutschland gewesen sei. Die kommunistische Partei könne ihre Existenzberechtigung neben den beiden marxistischen Parteien nur nachweisen, wenn sie sich von ihrem utopischen Sozialismus und ihrer bisherigen politischen Taktik abwende. Nach längerer Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der aufs schärfste die gewalttätige Taktik der Kommunisten verurteilt wird. In diesem völkisch-schädlichen Treiben der KPD erblickt die Versammlung eine Schwächung der sozialistischen Bewegung und eine Stärkung der Reaktion. Daher sei es notwendig, es mit allen Kräften zu bekämpfen.

Kommunisten als Kochdiener?

Düsseldorf, 2. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In Friedersheim im Kreise Rörx wurde in einer von tausend Personen besuchten Versammlung wieder einmal die „Rheinische Republik“ ausgerufen. Unzählige Exemplare der dortigen Zeitung gelangten zur Verteilung. — Die Ausrufung der Rheinischen Republik hängt mit dem kommunistischen Generallist zusammen. Die kommunistische Streikleitung hat sich an das unterstellte Oberkommando gewandt und erklärt, daß die Streikenden bereit wären, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn ihnen gestattet würde, die Rheinische Republik im besetzten Gebiet auszurufen.

Der frühere Unabhängige Smeets, der ein Kocher dieses Landesverrats sein soll, wurde von den Belgiern als Putschist verhaftet.

Der Rüssel von Moskau.

In den Moskauer „Iswestija“ weist, wie der D.E. meldet, der Chefredakteur Steklow darauf hin, daß die kommunistischen Anführer in Deutschland keine innere Kraft gezeigt hätten. Sogar im Ruhrgebiet sei es verhältnismäßig ruhig. Steklow meint daher, daß der Nährboden für eine solche Bewegung fehlerhaft und bedauerlich sei, daß die deutschen Kommunisten die Lage nicht

erkannt und sich zu bereuigen Schritten hätten hinreichend lassen.

Den Kommunisten wird für die Bereitwilligkeit, mit der sie, dem Moskauer Gebot folgend, blüht die Arbeiterschaft in den Putsch hineingebeugt haben, schlechter Daul zuteil. Anstatt daß die Moskauer Gewalttäter wenigstens den guten Willen ihrer deutschen Gefolgsmänner anerkennen, die seinerzeit bedrohte Sowjetmacht durch eine deutliche „Aktion“ aus der Klemme zu retten, müßten sie sich nun auch noch einen Tadel ihrer russischen Vorgesetzten gefallen lassen und den Vorwurf auf sich nehmen, die Lage nicht erkannt zu haben. Alle nicht kommunistischen deutschen Sozialisten befinden sich in der angenehmen Lage, zum ersten Male einem bolschewistischen Urteil zuzustimmen zu können. Die Kommunisten aber werden neue Witzgänge unternehmen müssen, um sich die im Schwinden begriffene Sympathie der bolschewistischen „Väterchen“ wieder zu erringen.

Schlesiens Provinziallandtag.

Breslau, 4. April. (B.Z.) Der Provinziallandtag der Provinz Niederschlesien wählte heute nachmittag zu seinem Vorsitzenden den Landrat Seibold (Soz.) mit 53 gegen 52 Stimmen, die auf den Landrat a. D. von Goslar (Dnat.) fielen. Zwei Stimmen waren unglücklich. Auf Antrag des Freiherrn v. Richtigshofen (Dnat.) wurde wegen Verletzung der Geschäftsführung die Wahl angefochten und für ungültig erklärt. Eine bald darauf erneut vorgenommene Wahl ergab folgendes Resultat: abgegeben wurden wieder 107 Stimmen, davon entfielen auf Landrat Seibold 54 und auf Landrat a. D. v. Goslar 53 Stimmen. Genosse Seibold wurde also wiederum gewählt.

Der Provinziallandtag Oberschlesien wählte zu seinem Vorsitzenden durch Zursch von Herzog von Ratibor, der gemeinsame Provinziallandtag der Provinz Schlesien wählte zu seinem Vorsitzenden den Landrat a. D. v. Goslar mit 63 gegen 51 Stimmen, die auf Landrat Seibold entfielen.

Freilassung der amerikanischen Detektive.

Mosbach, 4. April. (Z.) Am Sonnabend nachmittag 5 Uhr sind auf Befehl der badischen Regierung die beiden amerikanischen Detektive Raef und Zimmer nach Mannheim gebracht worden, von wo sie über die Rheinbrücke in das besetzte Gebiet gelangten. Von Mosbach bis Mannheim waren ihnen zwei deutsche Begleiter beigegeben.

Diese Herren waren bekanntlich wegen verurteilter gewalttätiger Entführung des deutschamerikanischen Kriegsküchenserges von der Strafkammer in Mosbach zu Freiheitsstrafen verurteilt worden. Die Meldungen von amerikanischem Einschreiten zu ihren Gunsten (und sogar zu Vergeltung) wollen nicht durchkommen.

Volkzählung in Hultschin.

Ratibor, 4. April. (B.Z.) Die der „Ober-schlesische Anzeiger“ meldet, läßt die Bezirkshauptmannschaft in Hultschin alle Personen, welche sich bei der letzten Volkszählung als Deutsche bekannt (etwa 90 Proz.), ortsfachweise vorladen und zwangsmäßig durch Gendarmerie vorführen. Auf die Angeforderten wird mit Drohungen eingewirkt, daß sie sich nachträglich als Tschechen ausgeben. Die Bezirkshauptmannschaft verhängte gegen alle, die die dabei blieben, Deutsche zu sein, Geldstrafen von 200 bis 500 Kronen oder Haftstrafen bis zu 14 Tagen.

Die deutsche Presse der Tschechoslowakei, auch die sozialdemokratische und selbst die kommunistische, ist voll von Empörungsschreien über das Vorgehen der Zählungskommission. Als Grund der Vorgänge in Hultschin vermutet man die Befürchtung, daß nach dem für Deutschland günstigen Abstammungsergebnis in Oberschlesien der Völkerverbund noch nachträglich eine Volksabstimmung im Hultschiner Bändchen anordnen könnte.

Deutschösterreichs Volkswille.

Das Gesetz über die Volksabstimmung wird der deutschösterreichische Nationalrat demnächst verabschieden, worauf in allen Ländern die Volksbefragung für den Anschluß an das Deutsche Reich erfolgen wird, eine Maßnahme, die mit dem Friedensvertrag von St. Germain keineswegs in Widerspruch steht. Die Regierung soll sich aus dem Grund entschlossen haben, die Volksabstimmung jetzt zuzulassen, weil Einzelabstimmungen in den Ländern und Städten nicht zu vermeiden gewesen wären und unter diesen Umständen eine allgemeine Abstimmung als zweckentsprechend bezeichnet werden müsse.

Wo nichts ist...

Paris, 4. April. (Z.) Wie Jovanos meldet, haben die Offiziere beschlossen, die Frist für die Bezahlung der Forderungen und Vorläufe an ihre wunderbare Schöpfung Deutschösterreich hinauszuschieben. Dabei bleibt die ganze Schuld in Gültigkeit. Die Finanzkommission des Völkerverbundes wird die Höhe des Kapitals, das im Interesse Österreichs gebildet werden soll, in Gold bestimmen, worauf Österreich gesteuert wird, die notwendigen Bürgschaften zu gewähren, wie z. B. die Zollentnahmen, das Tabakmonopol usw. Leon Bourgeois soll demnächst in Wien eintreffen, um die Hilfsaktion in die Wege zu leiten.

Als Reorganisationschef der Finanzen wird der dänische Bankdirektor Gluckstadt nach Wien geschickt.

Nach Georgien — Armenien.

Riga, 4. April. (D.E.) Laut einer Moskauer Meldung ist Erivan nach hartem Kampfen mit den Anhängern der armenischen „nationalistischen“ Regierung von den roten Truppen wieder erobert worden, deren weiterer Vormarsch andauert.

Der Verband ukrainischer Journalisten und Schriftsteller in Genf verurteilt einen eindringlichen Protest gegen die Vergewaltigung seines Volkes, seiner nationalen Selbstständigkeit und Kultur durch Sowjetrußland und Polen.

Eine sozialistische Partei Ägyptens ist nach der „B. Z.“ im Entstehen begriffen. Es wird behauptet, daß die Bewegung bereits ungefähr 1/2 Million organisierter Arbeiter zähle. Die neue Partei sympathisiert mit der bolschewistischen Anarchismenmediziner Liga.

Minister Defer hat sich am 1. April von den Beamten seines Ministeriums verabschiedet. Die nach Uebergang des Verkehrsweßens auf das Reich dem preussischen Staat noch verbliebenen Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Arbeiten werden teils dem Handelsministerium, teils dem Landwirtschaftsministerium übernommen.

Schuleform. Der in Leipzig tagende erste deutsche Kongreß für Moralphädagogik sollte nach mehrtägiger Arbeit eine Entschließung, in der die deutschen Landesregierungen aufgefordert werden, die Organisation der sittlichen Erziehung und Unterweisung im Sinne des § 148 der deutschen Reichsverfassung unterzuziehen, in die Wege zu leiten. Die Konferenz erblickt in der neutralen, von Konfessionen und Weltanschauungen unbeeinträchtigen, allein nach pädagogisch-psychologischen Grundsätzen aufgebauten weltlichen Schule die Schulform, die allein geeignet sei, die Einseitigkeit des deutschen Volkes zu fördern.

Gewerkschaftsbewegung

Der englische Riesenstreik.

Drei Millionen Streikende.

Der englische Kohlenarbeiterstreik hat gewaltige Ausdehnung angenommen. In den aus England kommenden Nachrichten spiegelt sich deutlich die Erregung wider, die sich des ganzen Landes bemächtigt hat. Bisher sind bereits die Gruben erschlossen, da auch die Maschinenisten sich dem Streik angeschlossen haben. Man rechnet damit, daß innerhalb einer Woche sämtliche Gruben diesem Schicksal verfallen werden, falls es nicht möglich wird, schnellig den Streik zu beenden. Nach englischen Blättermeldungen sind aber bisher keinerlei Anregungen von den unmittelbar am Streik Beteiligten zu neuen Verhandlungen gemacht worden. Man wendet aber mit der Wahrscheinlichkeit, daß während der Tagung der Delegierten der Eisenbahner und der Transportarbeiter, die Mitte der Woche stattfindet, eine Konferenz der Regierung mit den Bergwerksbesitzern und den Arbeitern einberufen wird. Darüber, ob auch die Transportarbeiter und die Eisenbahner den Streik beschließen werden, ist man sehr geteilter Auffassung. Jedenfalls scheint man auf beiden Seiten entschlossen zu sein, es nicht dahin kommen zu lassen. Für den Fall, daß der Arbeiterdreibund (Bergarbeiter, Transportarbeiter und Eisenbahner) in Aktion tritt, dürfte sich die Zahl der Streikenden auf fünf Millionen erhöhen.

„Observer“, das bürgerlich radikale Blatt, erwartet, daß der Arbeiterdreibund in dieser Woche zweifellos versuchen werde, zu verhandeln. Das Blatt kann nicht glauben, daß die Arbeiter einen sicheren wirtschaftlichen Selbstmord mit offenen Augen begehen werden. Jeder weitere Streik bringe Großbritannien einen neuen Verlust auf dem Weltmarkt. Die augenblickliche Lage sei auf die in der ganzen Welt vorherrschenden Verhältnisse zurückzuführen und könne niemals durch einen Klassenkampf beseitigt werden. Wenn die Methoden der Bergarbeiter auf andere Industriezweige übergriffen, so würde dadurch die Gesundheit der Nation vom Kräfte unterbrochen werden, was immer größere Arbeitslosigkeit und Entbehrungen zur Folge haben würde. Jedoch selbst nach einer halbigen Regelung würden die dauernden Probleme übrig bleiben. Dann werde über die Regierung und nicht über die Arbeiterschaft oder über das Kapital zu Gericht gesehen werden, denn weder die Bergarbeiter noch die Bergwerksbesitzer seien verantwortlich für die verhängnisvollen Fehler, die bei der Behandlung der Reparationsfrage begangen wurden und die zur Vernichtung des englischen Kohlenhandels mit Frankreich geführt hätten.

Der neue Reichsschatzkanzler Sir Robert Horne erklärte im Namen der Regierung, der Versuch der Bergarbeiter, den Staat einzuschüchtern, dürfte nicht gelingen. Freiwillige zur Bedienung der Pumpen in den Bergwerken und zu ihrer Rettung müssen aufgeboten werden. Die Regierung müsse für den etwa notwendig werdenden Schutz dieser Freiwilligen Vorkehrungen treffen.

„Morningpost“ bringt den englischen Bergarbeiterstreik in Zusammenhang mit den Vorgängen in Deutschland und weist, und sagt, man könne es als wahrscheinlich und sogar als sicher ansehen, daß der augenblickliche Streik von den „Revolutionären“ benutzt werden wird, die Verwaltung des Landes in die Hände der Gewerkschaften zu legen.

Am übrigen ist ein Teil der Presse der Meinung, daß der Streik zu Reuewahlen führen werde, bei denen die Regierung an das Volk die Fragen stellen werde, ob es bereit ist, Millionen von Arbeitern aus dem Gewerbe zu unterstützen und ob es neue sozialistische Experimente in riesigem Maße wünsche.

Drohende Betriebsstillegungen.

Nach einer Meldung der „Dona“ werden infolge des Kohlenmangels in Manchester binnen wenigen Tagen sämtliche Fabriken stillstehen, und wenn der Streik noch eine kurze Weile anhält, muß damit gerechnet werden, daß die meisten Fabriken in ganz England schließen werden. Die großen Eisenwerke von Lees stellen bereits in den nächsten Tagen den Betrieb ein. Die größte Gefahr droht augenblicklich von den Eisenbahnern. Deren Organisationsleitung hat bereits den Vorschlag gemacht, daß kein Mitglied der sogenannten Tripelallianz sich mit dem Kohlentransport beschäftigen darf, solange der Kohlenstreik anhält. Wird dieser Beschluß angenommen, so wäre er gleichbedeutend mit der vollständigen Einstellung des ge-

samten englischen Eisenbahnverkehrs und Stilllegung der Schifffahrt. In diesem Falle würden der Regierung auch die ihr zur Verfügung stehenden großen Kohlenlager nicht nützen, da diese nicht abgerollt werden könnten.

Zum Streik der Handelshilfsarbeiter!

In der am Montagmittag stattgefundenen Streikerversammlung ergriffte Vollmeier Bericht über den Stand der Bewegung. Freitagabend fand die letzte Verhandlung mit den Arbeitgebern statt. Trotzdem die Arbeitnehmerlohnkommission neue Vorschläge, die unter dem Schiedsspruch von 15 Proz. blieben, den Arbeitgebern unterbreiteten, erklärten dieselben, daß diese Vorschläge keine Möglichkeit zur weiteren Verhandlung wären, die Arbeitnehmerkommission sollte sich erst von ihren Auftraggebern andere gangbare Vorschläge bewilligen lassen. Die Funktionäre der Streikenden lehnten es ab, neue Vorschläge den Arbeitgebern zu unterbreiten. Die Lohnkommission wurde beauftragt, auf Grund der bereits gemachten Vorschläge weiter zu verhandeln.

Die Arbeitgeber versuchen nun, mit allen Mitteln Streikbrecher einzustellen. Mit 31 Firmen werden bereits Verhandlungen abgeschlossen. Folgende Firmen werden noch beitreten: Die Warenhäuser A. Wertheim, Lieg. Jandorf; S. Damm, Leipziger Straße; Cords; H. Engel, Warenhaus, Landsberger Str.; Stephan Esders; Esders u. Dohhoff; Friedmann u. Weber, Rudolfsplatz; F. B. Grünfeld, Leipziger Str.; F. A. Hahn, Kaufhaus, Alexanderplatz; Rudolf Herzog, Breite Str.; R. Israel, Königsstr.; Kaufhaus des Westens, Tauentzienstr.; L. Jürgens, Alexanderplatz; Bernhard Reinweber, Gertraudenstr.; Veck u. Kloppeburg, Gertraudenstr.; Gebr. Bewandowski, Korsettfabrik; Michels, Leipziger Str.; Arnold Müller, Leipziger Str.; A. Kosenheim, Leipziger Str.; F. A. Schumann, Leipziger Str.; Gebr. Unterwiesing, Tapeten, Lindenstr. 1; C. B. Borchert, Friedrichstr.; F. A. Gebauer, Charlottenburg.

Die streikenden Handelshilfsarbeiter, die bereits in der 3. Woche im Streik stehen, wenden sich an das laufende Publikum um Unterstützung, da die Arbeitgeber vermutlich jede Verhandlung mit der Organisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband, ablehnen.

Wie beurteilt man eine Bilanz?

Das Gesetz über die Betriebsbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung stellt die Betriebsvertretungen vor neue wichtige Aufgaben. Um den Betriebsvertretungen die Möglichkeit zu geben, ihre Rechte aus diesem Gesetz reiflich geltend zu machen, ist im Verlage der Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes eine Betriebsrätezeitung, Heft 10: „Wie beurteilt man eine Bilanz?“ von Paul Koste, Dipl. Handelslehrer, erschienen. In dieser Schrift sind in erschöpfender Weise die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Bilanz behandelt. Die verschiedenen für die Beurteilung einer Bilanz wichtigen Grundzüge sind eingehend dargestellt. Die Schrift enthält außerdem den Text des Bilanzgesetzes mit ausführlichem Kommentar sowie sämtliche Weisungen für die Aufstellung einer Bilanz wichtiger gesetzlicher Bestimmungen und eine Literaturangabe.

Der genannte Verlag hat bereits vor längerer Zeit eine Betriebsrätezeitung, Heft 6: „Was ist eine Bilanz?“ herausgebracht, in welcher der technische Aufbau der Bilanz geschildert ist. Der Preis für Gewerkschaftsmitglieder beträgt für Heft 6 90 Pf., für Heft 10 1,80 M., für Nichtmitglieder 1,80 M. und 3,60 M. Bestellungen sind von den Ortsgruppen, Ortsausschüssen, Ortsstellen und örtlichen Betriebsrätezentralen an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, z. Hd. des Kassierers Hermann Kube, Berlin SO. 16, Engelauer 14/15 IV (Postfachkonto Nr. 7938), Hermann Kube, Berlin) oder an den Allgemeinen freien Angestelltenbund, Berlin NW. 32, Wertheimstr. 7 (Postfachkonto Nr. 72260, S. Kuffhäuser, Berlin), zu richten. Die Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder wollen ihre Bestellungen den örtlichen Körperschaften ausgeben.

Eine genommene Festung.

Einen schönen Erfolg haben unsere Bremer Genossen zu verzeichnen. In der Woche vor Ostern wurde auf der Bremer Werft Aktiengesellschaft Weser der Arbeiterrat neu gewählt. Die Weser-Werft galt bisher für die uneinnehmbare Festung der Kommunisten. Die letzte Wahl hat aber gezeigt, daß der Einfluß der K.P.D. sehr bedenklich zu schwinden beginnt. Die Liste der Unabhängigen erhielt 1700 Stimmen (im vorigen Jahre 1519), die sozialdemokratische Liste 1477 (393) Stimmen. Die Kommunisten zählten 3829 (3184) Anhänger. Die Stimmenzahl ist infolge der Verstärkung der Belegschaft um 1741 gegen das Vorjahr gestiegen. Die Wahlbeteiligung war aber um über 12 Proz. geringer, weil die Syndikalistischen nicht mitmachten. Danach hat die Liste der Unabhängigen Partei 12 1/2 Prozent, die unserer Genossen 2 7/5 Prozent und die

der Kommunisten um 23 Prozent zugenommen. Den Kommunisten ist dieses Resultat scheinbar nicht sehr angenehm, denn sie haben in einer Betriebsversammlung den Beschluß gefaßt, den Arbeiterrat abzusetzen und an seine Stelle einen Aktionsausschuß zu wählen. Durch diese Taktik können die Kommunisten den Erfolg unserer Genossen aber nicht aus der Welt schaffen, sie wird vielmehr dazu beitragen, daß sich ihre Anstrengungen vergrößern und bei der nächsten Wahl die kommunistische Niederlage noch größer wird.

Die polnische Landarbeiterbewegung.

Die Verhandlungen zwischen dem polnischen Landarbeiterbund und dem Verband der Landwirte, die seit einiger Zeit wegen der Streikdrohung der Landarbeiter geführt wurden, sind auf einem toten Punkt angelangt, da die Landarbeiter ihre Mitglieder aus der gemischten Schiedskommission abberufen haben.

Die Streikenden der Glasbranche nahmen in ihrer letzten Versammlung die Mitteilung des Kollegen Sched entgegen, daß von den Arbeitgebern behauptet werde, er hätte der Versammlung vom 30. März 1921 in bezug auf das letzte Angebot der Arbeitgeber falsch berichtet. Sched und die Versammlung wiesen die Verächtlichkeit entschieden zurück. Auf Klagen verschiedener Arbeitgeber stützte sich die Vermutung der Streikenden, daß die Arbeitgeber von ihrer Leitung über den Gang der Verhandlungen falsch unterrichtet worden. Als Streikende haben sich 690 Kollegen bei 51 Firmen gemeldet. Die Maurer und Puger werden aufgerufen, keine Arbeiten fortzuführen, welche von Streikenden liegen gelassen sind. Die Streikenden werden verpflichtet, ihre Arbeitsplätze zu kontrollieren. — Die Streikleitung.

Generalverband der Angestellten. Mitglieder-Versammlung Mittwoh. Polentanzwettbewerb: 7 Uhr im Blücher-Palast, Blücherstr. 41. — Seitenstündchen: 8 Uhr in Hoyerlands Geschäft, Neue Friedrichstr. 35. — Papier, Graphisches Gewerbe: 7 Uhr im Englischen Hof, Alexanderstr. 27. — Gemeindefest: 7 Uhr in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18. — Rohrwagen: 7 Uhr im C. B. Borchert, Friedrichstr. 1. — Rohrwagen: 7 Uhr im C. B. Borchert, Friedrichstr. 1. — Rohrwagen: 7 Uhr im C. B. Borchert, Friedrichstr. 1.

Verband der Lithographen, Steinbrüder und verwandten Berufe. Freitag 3 Uhr in den Verein- und Konzeilsälen, Kommandantenstr. 35/37. Versammlung. Bericht von den Sommerferien.

Deutscher Transportarbeiterverband. Mittwoch 8 Uhr bei Witte, Poststr. 23. Für alle in der Damenhitze- und Fußbande beschäftigten Kolleginnen und Kollegen Gruppenversammlung. — Gruppe Dele, Fette und Petroleum: Mittwoch 7 Uhr bei Becker, Köpenickerstr. 23. Versammlung. Tagesordnung: 1. Soll unser Tarifvertrag geändert werden? 2. Auffassung der neuen Forderungen. 3. Wahl einer Verhandlungskommission.

Arbeitsnennungsverband für das Fein- und Haargewerbe. Donnerstag 7 1/2 Uhr Engelauer 15. „Die Bedeutung des Gewerkschaftswesens“. Referenzen Genosse Stühmer. Die Geschäftsstelle befindet sich Neue Köpenickerstr. 23. Oster 1. Sonntag.

Veranst. für den reboll. Teil: Dr. Decker Vetter, Charlottenburg; für Frauen: Dr. Gluck, Berlin. Verlag: Norddeutscher G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher G. m. b. H., Berlin. Verlagsanstalt: West. Singer u. Co., Berlin. Ende: Nr. 3. Oster 1. Sonntag.



Continental Regenmäntel

Trag Continental-Regenmantel mit Continental-Regenhut. Neueste Formen — für Damen, Herren, Kinder — tadellos sitzend — in allen einschlägigen Geschäften.

So gut wie Continental-Reifen.

Limanol vorzüglich bei rheumatischen Erkrankungen

Zu haben in den Apotheken

Billige Wirtschaftsartikel

Emaille		Garten-Geräte		Aluminium	
Schmortöpfe zirk. 24 cm 16 ⁷⁵ zirk. 26 cm 20 ⁵⁰	Giesskannen..... 1 ⁷⁵ bis 11 ⁵⁰	Wasserschlauch 1/2" Mtr. 20 ⁰⁰ 3/4" Mtr. 32 ⁵⁰	Wasserkessel..... 39 ⁵⁰ 42 ⁵⁰		
Kasserollen zirk. 20 cm 9 ⁷⁵ zirk. 22 cm 11 ⁷⁵	Blumensprüher..... 4 ⁷⁵ bis 15 ⁷⁵	Schlauchwagen..... 110 ⁰⁰ 175 ⁰⁰	Maschinenlöpfe..... 14 ⁵⁰		
Maschinenlöpfe..... 5 ⁰⁰ 7 ⁰⁰	Blumensprützen..... 6 ²⁵ bis 27 ⁰⁰	Rasenmäher..... 72 ⁵⁰ bis 210 ⁰⁰	Teedosen..... 16 ⁵⁰		
Schüsseln 30 cm 5 ²⁵ 32 cm 6 ⁰⁰ 34 cm 6 ⁷⁵	Blumenkellen..... 6 ²⁵	Spaten..... 18 ⁵⁰	Kaffee- und Zuckerbüchsen..... 19 ⁵⁰		
Schaumlöffel..... 2 ²⁵ 2 ⁷⁵	Pflanzhölzer..... 3 ²⁵	Harken..... 3 ⁷⁵ 4 ⁷⁵	Seifendosen..... 6 ⁷⁵ 7 ⁰⁰		
Suppenlöffel..... 3 ⁶⁵ 3 ⁸⁵	Unkrauthacken..... 1 ⁵⁰	Baumsägen..... 12 ⁷⁵ 13 ⁵⁰	Reisekocher..... 22 ⁵⁰		
Brühsiebe..... 5 ⁰⁰	Gurkenhacken..... 9 ⁷⁵ 12 ⁷⁵	Baumrindenschaber..... 18 ⁵⁰ 23 ⁵⁰	Kasserollen 11 zirk. 14 cm..... 9 ⁵⁰		
Eimer zirk. 28 cm..... 16 ⁵⁰ 19 ⁰⁰	Hacken..... 3 ⁵⁰ bis 8 ⁷⁵	Rosenscheren..... 19 ⁵⁰ 34 ⁵⁰	Kasserollen 16 bis 20 cm, Satz 3 Stk. 55 ⁰⁰		
Emaille		Wirtschafts-Artikel		Bürstenwaren	
Wannen 38 ⁵⁰	Blumenkasten 40 cm 6 ²⁵ 60 cm 9 ⁷⁵ 80 cm 12 ⁷⁵ 100 cm 15 ⁷⁵	Wirtschaftswagen..... 27 ⁰⁰ 31 ⁵⁰	Rosshaarbesen..... 17 ⁵⁰ 19 ⁵⁰		
rund, ca. 55 cm.....	Blumenbretter..... 14 ⁵⁰ mit Gaze 52 ⁵⁰	Tafelwagen (5 kg geeicht)..... 145 ⁰⁰	Rosshaarhandfeger..... 11 ⁵⁰ 12 ⁵⁰		
Stahlwaren				Schrubber..... 3 ⁷⁵ 4 ⁵⁰	
Alpaka - Esslöffel..... 9 ⁷⁵	Blech-Kaffeemühlen..... 29 ⁵⁰ 31 ⁵⁰	Fleischmaschinen..... 57 ⁵⁰ 77 ⁵⁰	Schrubber..... 3 ⁷⁵ 4 ⁵⁰		
Alpaka - Kaffeelöffel..... 5 ⁷⁵	Brot Schneidemaschinen m. Rundmesser..... 64 ⁵⁰ 70 ⁰⁰	Tablette Holz..... 18 ⁵⁰ 24 ⁷⁵	Teppichbürsten..... 11 ⁷⁵ 14 ⁵⁰		
Brotmesser..... 7 ⁷⁵	Brotbüchsen..... 32 ⁵⁰ 35 ⁰⁰	Besteckkasten..... 8 ⁷⁵ 12 ⁷⁵ 13 ⁵⁰	Möbelbürsten Kokos..... 5 ⁷⁵ 12 ⁵⁰		
Küchenmesser..... 95 Pf. 1 ⁷⁵	Brotkörbe..... 9 ⁷⁵ 11 ⁵⁰ 16 ⁵⁰	Rollschdecken rund..... 6 ²⁵ 8 ⁵⁰ 10 ⁷⁵	Möbelpinsel..... 4 ⁷⁵ 6 ⁵⁰		
Bestecke..... 9 ⁷⁵ 16 ⁵⁰	Krümelschaufeln mit Besen..... 29 ⁵⁰ 32 ⁵⁰	Waschbretter..... 6 ⁷⁵	Stiefel-Glanzbürsten..... 95 Pf. 2 ⁵⁰		
Tischmesser..... 8 ⁵⁰	Konsol: Sand, Soda, Seife..... 18 ⁵⁰	Wäscheleinen zirk. 40 m..... 9 ⁵⁰	Handwaschbürsten..... 75 Pf.		
Dessertmesser..... 7 ⁵⁰	Gaskocher..... 15 ⁷⁵ 22 ⁵⁰				
Eierschneider..... 11 ⁵⁰	Gaskocher geschlossen, 2 Kochstellen..... 97 ⁵⁰				
Eierkisten... 45 Eier 16 ⁷⁵ 60 Eier 22 ⁵⁰	Zinkwannen m. Holzbooden 85 ⁰⁰ 127 ⁵⁰	Zinkzober mit Holzbooden 95 ⁰⁰ 135 ⁰⁰	Eierkarton 30 Eier..... 4 ²⁵ 45 Eier 7 ⁷⁵		

Hermann Tietz Zum Schulanfang

Hefte aus halbjährm. Papier, 16 Blatt stark..... 80 Pf.

Federkasten 1⁷⁵ 7⁵⁰